



Bayerisches EnergieForum und Bayerisches WasserkraftForum
20. Juli 2023, Stadthalle Gunzenhausen

BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

CSU-Parteitag in Nürnberg:

Für ein neues Miteinander

Als „starken Auftakt für die Landtagswahl“ bezeichnete Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder den 89. CSU-Parteitag in Nürnberg. Einstimmig wählten die 1.200 Delegierten den Parteichef zum Spitzenkandidaten für den Urnengang am 8. Oktober. Inhaltlicher Schwerpunkt war die Verabschiedung des neuen Grundsatzprogramms mit dem Titel „Für ein neues Miteinander“. Die Beratungen unter der Leitung der beiden Vorsitzenden der CSU-Grundsatzkommission, Dr. Anja Weisgerber und Dr. Gerhard Hopp hatte die CSU vor einem Jahr begonnen.

In seiner Rede zog Parteivorsitzender Söder eine positive Bilanz der vergangenen fünf Jahre. Die Krisen der letzten Jahre seien ein Charaktertest gewesen, den Bayern und die CSU bestanden hätten. Der Freistaat sei Zukunfts- und Sehnsuchtsort, stark und beliebt wie nie. Neben dem Fleiß der Menschen seien hier die richtigen Weichenstellungen der Politik entscheidend.

Ziele für die kommende Legislaturperiode

Für die kommende Legislaturperiode formulierte Söder folgende Ziele:

1. Wir wollen Wohlstand für alle erhalten und den Mittelstand entlasten! Wir sind für die Mitte der Gesellschaft da, für die Normalverdiener, den Mittelstand, das Handwerk und die Landwirtschaft.
2. Wir wollen eine gute Zukunft für unsere Kinder und Enkel! Wir sorgen für eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf, beste Bildung und Spitzenforschung.
<3. Bayern soll sicher und solide bleiben! Wir haben die niedrigste Kriminalitätsrate und die höchste Aufklärungsquote. Wir stärken die Polizei und stehen hinter ihr. Wir bleiben finanziell solide, haben die höchste Investitionsquote aller Länder und machen keine neuen Schulden. Wir wollen keine Steuererhöhungen, sondern Entlastungen.4. Wir wollen ein nachhaltiges Bayern. Wir sagen „Ja“ zu Klimaschutz und „Nein“ zu Klimaklebern. Wir arbeiten für den Erhalt von Natur und Schöpfung

und verbinden Klimaschutz und Wertschöpfung. Der ländliche Raum ist Zukunftsraum. Keiner steht so dafür ein wie wir. 5. Wir wollen die Bayerische Kultur und Lebensart erhalten! Wir sind gegen Umerziehung und Wokeness, wir stehen für die Liberalitas Bavariae und die Freiheit. Bayern ist Freistaat und kein Verbotsstaat.

Gründung von Bayernwind

Um den nach wie vor schlep-penden Ausbau bei der Windkraft zu beschleunigen, kündigte der Parteichef die Gründung einer landeseigenen Baugesellschaft namens „Bayernwind“ an, „damit nicht nur irgendwelche Investoren dabei Geld verdienen“. Bis ausreichend erneuerbare Energien vorhanden seien, um den wachsenden Bedarf in Deutschland zu decken, sei es jedoch falsch, auf die Kernenergie zu verzichten.

Eine neue Wohlstandsagenda für Bayern und Deutschland beschreibt das neue CSU-Grundsatzprogramm „Für ein neues



Erster Vizepräsident Thomas Habermann, Zweite Vizepräsidentin Tamara Bischof, mit dem neu gewählten Dritten Vizepräsidenten, Landrat Sebastian Gruber (Freyung-Grafenau), Geschäftsführendes Präsidialmitglied Andrea Degl und Präsident Thomas Karmasin. Bild: Bayerischer Landkreistag

Bayerischer Landkreistag in Cham:

Krisen als Chancen

Große Krisen haben sich in den vergangenen Jahren tief in die Struktur der Landkreise ausgewirkt und in großem Maße Ressourcen gebunden. Gerade die Kommunen können sich aber ein ausschließliches Agieren im Krisenmodus nicht leisten. Auch in Zeiten knapper Kassen sind sie mit ihrem Auftrag der Daseinsvorsorge und dem Ziel gleich guter Lebensverhältnisse gefordert. Die diesjährige Landkreisversammlung in Cham richtete den Fokus darauf, wie künftig aus Krisen Chancen werden können.

In einem intensiven Gedankenaustausch zwischen Ministerpräsident Dr. Markus Söder und dem Präsidenten des Bayerischen Landkreistags, Thomas Karmasin, bat der Fürstentföhrer Landrat zunächst beim Thema Asyl- und Flüchtlingspolitik um Unterstützung, sei dieses in Berlin doch nach wie vor nicht angekommen.

Kommunen werden ignoriert

Briefe würden nicht beantwortet, die Kommunen würden schlichtweg ignoriert. „Da-

bei sind wir mittlerweile in einer Situation, in der wir die Zuwendung begrenzen müssen. Ohne diese wird die Integration auf kommunaler Ebene scheitern. Staat und Gesellschaft werden durch einen weiteren ungesteuerten und ungebremsten Zuzug überfordert. Integration wird zum Zufallsprodukt.“ Karmasins Appell: „Wir brauchen dringend eine steuernde wie auch begrenzendes Asyl- und Flüchtlingspolitik. Leider verhalten unsere Appelle in Berlin ungehört.“

Söder versprach, die Kommunen (Fortsetzung auf Seite 4)

Empfang zum 70. von Altlandrat und Finanzstaatssekretär a.D. Franz Meyer:

Gratulation für „ganz großen Niederbayern“

Er war lange Jahre Mitglied des Bayerischen Landtages, vier Jahre Finanzstaatssekretär und von 2008 bis 2020 Landrat. Er hat Hochschulstandorte in den Landkreis geholt, den Ausbau der Bildungseinrichtungen forciert, wichtige Infrastruktur-Einrichtungen auf den Weg gebracht und dabei unter anderem die Breitbandversorgung erheblich verbessert: Franz Meyer kann an seinem 70. Geburtstag auf ein großartiges Lebenswerk zurückblicken.

Der Landkreis Passau gratulierte dazu gemeinsam mit Meyers Heimatstadt Vilshofen mit einem gemeinsamen Geburtstagsempfang auf Schloss Neuburg. Landrat Raimund Kneidinger würdigte besonders die „Heimatliebe, die schon legendäre Tatkraft und den Einsatz für die Menschen und ihre Probleme“. Vilshofens Bürgermeister Florian Gams sprach eben-

falls eine „Schlüsseleigenschaft“ an, die Meyer wie keinen anderen auszeichne: „Für ihn war und ist jedes Problem, das Menschen an ihn herantragen, wichtig. Denn er weiß: Für den Betroffenen ist das gerade aktuelle Anliegen von größter Bedeutung.“

Staatsminister Christian Bernreiter überbrachte die Grüße der Staatsregierung und erwähnte besonders die Volksverbundenheit Meyers, die ihn auch im Kabinett zum ausgewiesenen Experten dafür machte, „wie es draußen im Lande aussieht, wie die Menschen denken und was sie bewegt“. Das großartige Talent Meyers, „ganz nah bei den Menschen zu sein, ermöglichte ihm eine einzigartige politische Karriere und macht ihn zu einem ganz großen Niederbayern“, schloss Bernreiter unter großem Beifall.

Franz Meyer selbst erklärte gegenüber den Festgästen – darunter waren viele Landkreis-Bürgermeister, eine Reihe von Landräten und Altlandräten der Nachbarlandkreise und Vertreter aus Oberösterreich, dass er mit großer Dankbarkeit auf die Jahrzehnte seiner politischen Arbeit zurückblicke. □



Das Ehepaar Franz und Rosmarie Meyer mit den Festrednern (v.l.) Landrat Raimund Kneidinger, Staatsminister Christian Bernreiter und Bürgermeister Florian Gams (r.). Foto: LRA Passau

Reaktionen nach Flüchtlingsgipfel:

Bund verkennt Brisanz der Lage

Wenig Zählbares hat der Flüchtlingsgipfel von Bund und Ländern in Berlin eingebracht. Bei der Ministerpräsidentenkonferenz mit Bundeskanzler Scholz einigte man sich lediglich auf eine neue Lastenverteilung bei den Flüchtlingskosten. Der Bund sagte vorerst eine weitere Milliarde Euro zu, mit der die Länder die Kosten für die Unterbringung und Verteilung der Migranten finanzieren sollen. Über die künftige Aufschlüsselung der Kosten soll aber zunächst in einer Arbeitsgruppe beraten und erst im November entschieden werden. Der Durchbruch blieb erwartbar aus, entsprechend enttäuscht reagierten Ministerpräsident Dr. Markus Söder sowie die kommunale Ebene.

Der Hinweis des Bundes auf seine Haushaltslage kann Söder zufolge nicht das letzte Wort sein. „Über Unterbringung und Humanität darf nicht nach Kasenslage entschieden werden“, warnte der Ministerpräsident. Deshalb müsse dringend nachgearbeitet werden. Allerdings zeigte er sich nach dem Verlauf des Treffens wenig optimistisch, dass der Bund dazu bereit ist. Man habe eine Bundesregierung erlebt, die die Sorgen der Kommunen wenig versteht.

Absolute Belastungsgrenze

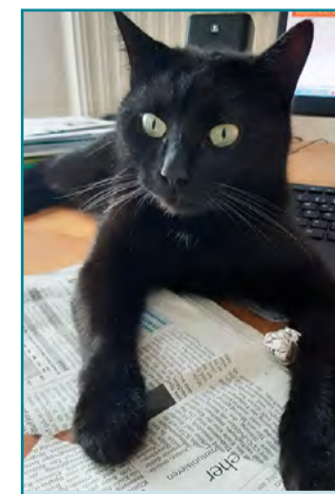
„Leider wird jetzt wieder zu viel Zeit verloren“, kritisierte Söder. Die Kommunen seien an der absoluten Belastungsgrenze. Die Länder forderten ein atmendes System: „Wenn mehr Menschen kommen, sind die Belastungen höher, also müssen auch die finanziellen Anstrengungen größer werden - und umgekehrt.“

Leider passiere auch bei der Steuerung der Zuwanderung zu wenig. „Es braucht die Ausweisung weiterer sogenannter sicherer Herkunftsstaaten zur erleichterten Rückführung, wie zum Beispiel Algerien, Marokko, Tunesien oder auch Indien. Es fehlt auch ein rasch wirksames Konzept gegen illegale Migration.“ Erneut warb Söder dafür, das Modell der bayerischen Grenzpolizei als Vorbild für ganz Deutschland zu nehmen.

Bund zahlt seine Zeche nicht

Wie der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Thomas Karmasin (Fürstentföhrer) ausführte, „ist es trotz vereinter Stärke von drei Ministerpräsidentinnen und 13 Minis-

terpräsidenten nicht gelungen, den Bundeskanzler von der Brisanz der Lage zu überzeugen, dabei sind wir bei der Flüchtlingsunterbringung und -integration auf die Unterstützung des Bundes angewiesen.“ Die Flüchtlingskrise sei auch weiterhin eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, die die Kommunen nicht allein stemmen könnten. Berlin müsse die flüchtlingsbedingten Mehrbelastungen der Kommunen vollständig erstatten. Karmasin: „Der Bund, der allein die Zuwanderung steuern kann, hält daran fest, die Zuwandernden durch die Kommunen bewirten zu lassen und die (Fortsetzung auf Seite 4)



Der Bundesklimaschutzminister mit Randzuständigkeit für Wirtschaft ruft die Wärmepumpenrevolution aus: Privatleute müssen in sieben Monaten gänzlich neu geplant haben. Pino rätselt, warum sich die öffentliche Hand dann bei vielen Planungen 15 bis 20 Jahre Vorlauf gönnen darf. Seite 13

Sie lesen in dieser Ausgabe

Novelle des Kommunalrechts. 2
Mehr Frauen in die Kommunalpolitik 2
Termine der GZ-Akademie. 2

GZ-Kolumne Stefan Rößle:
KPV: Ausblick auf die zweite kommunale Halbzeit 3

Startschuss für Bayerisch-Tschechische Landesausstellung . . . 3
AOK: 2022 Höchster Krankenstand seit mehr als 25 Jahren . . . 3

Kommunale Bauthemen. 5-7
Abfall-Umwelt 8
Kommunale Verkehrsthemen. 9-10
Weiterbildung 11

Aus den bayerischen Kommunen. 12-14

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische GemeindeZeitung als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

Startschuss für Bayerisch-Tschechische Landesausstellung:

„Barock! Bayern und Böhmen“

Die Ministerpräsidenten von Bayern und der Tschechischen Republik, Dr. Markus Söder und Prof. Petr Fiala, eröffneten in Regensburg die Bayerisch-Tschechische Landesausstellung „Barock! Bayern und Böhmen“. Im Haus der Bayerischen Geschichte stellte Direktor Dr. Richard Loibl die Höhepunkte der Ausstellung vor. Bis 3. Oktober ist die Schau in Regensburg zu sehen, ab 8. Dezember wechselt sie ins Prager Nationalmuseum.

Es ist eine Geschichte von Krise und Wiederaufbau: Am Anfang steht die Tragödie des 30jährigen Krieges. Bayern ist einer der großen Spieler, erkämpft für den Habsburger Kaiser Kurfürstenwürde. Am Altstädter Ring in Prag wütet das kaiserliche

Strafgericht. Böhmen muss wieder katholisch werden. Bayern ist über Jahrzehnte Kriegsgebiet und zählt am Ende zu den Verlierern. Nach der Katastrophe geht es um den Wiederaufbau. Seine Form findet er im Barock – in Böhmen wie in Bayern. Aus den Verwüstungen ent-

steht ein gemeinsamer Kulturraum: Bauboom herrscht in beiden Ländern. Der Barock wird zelebriert. Über 150 kostbare Originalexponate vorwiegend aus Tschechien und Deutschland machen die Vielfalt und den Reichtum einer Zeit großer Leidenschaften sichtbar. Sie zeigen den Glanz ebenso wie die Abgründe, den schönen Schein der Illusion ebenso wie die Bühnenmaschinerie, die alles am Laufen hält. Das barocke Spektakel umfasst schließlich alle Lebensbereiche, bezieht alle Stände mit ein und überwindet nicht nur Landes-, sondern auch die Konfessionsgrenzen.

Laut Ministerpräsident Söder dokumentiert die Landesausstellung die Verbundenheit zwischen den Bayern und Tschechien als zwei Länder in der Mitte Europas. Wie immer gelte: „Ein Besuch im Haus der Bayerischen Geschichte lohnt sich!“ Kunstminister Markus Blume sprach von einem „großartigen bayerisch-böhmischen Gesamtkunstwerk“. Hier habe das barocke Motto „Nutze den Tag“ wahrlich Pate gestanden, sei ein so grenzüberschreitendes Ausstellungsprojekt doch nur möglich durch ein intensives und vertrauensvolles Miteinander. Hier zeige sich einmal mehr: „Kulturelle Zusammenarbeit ist ein zentraler Pfeiler unserer europäischen Friedensarchitektur!“

DK



V.l.: Dr. Richard Loibl, Direktor des Hauses der Bayerischen Geschichte zeigte beim Rundgang dem tschechischen Ministerpräsidenten Prof. Petr Fiala und Bayerns Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder sowie Bayerns Staatsminister für Wissenschaft und Kunst Markus Blume die Highlights der Ausstellung. Dahinter Albert Füracker, Bayerischer Finanz- und Heimatminister.

Bild: Haus der Bayerischen Geschichte – www.altrfoto.de

AOK Bayern spricht von langen Ausfallzeiten:

2022: Höchster Krankenstand seit mehr als 25 Jahren

Zusammenhang mit Impfungen wurde nicht untersucht

Der Krankenstand der erwerbstätigen AOK-Versicherten lag 2022 in Bayern bei 6,1 Prozent und hat sich im Vergleich zu den Vorjahren mit jeweils 4,8 Prozent drastisch erhöht. Es ist der höchste Krankenstand seit 1995.

Damals lag der Wert bei 5,2 Prozent. Im Jahr 2022 haben sich 61,8 Prozent der insgesamt rund 2,793 Millionen erwerbstätigen AOK-Versicherten krankgemeldet, 2021 waren es nur 46,2 Prozent. Die mit Abstand meisten Krankmeldungen entfielen auf Atemwegserkrankungen. Während im Jahr 2021 noch 18,9 Prozent der Beschäftigten von Atemwegserkrankungen betroffen waren, lag ihr An-

teil 2022 mit 42,6 Prozent mehr als doppelt so hoch.

Fast 500.000 nachgewiesene Covid-Fälle

Im Jahr 2022 registrierte die AOK in Bayern insgesamt rund 498.000 Fälle einer nachgewiesenen Covid-19-Infektion. Das heißt, 19 Prozent aller Versicherten waren 2022 einmal oder mehrfach von Corona betroffen. Die größte Krankenkasse im Freistaat zählte zudem von März 2020 bis Dezember 2022 knapp 480.000 Personen mit mindestens einer Covid-Erkrankung, darunter 11.700 Personen mit einer Post-Covid-Erkrankung, was etwas mehr 2,4 Prozent aller an Covid erkrankten AOK-Versicherten Beschäftigten entspricht.

Die Arbeitsunfähigkeitsdauer von Beschäftigten, die von Covid-Erkrankungen betroffen sind, steigt mit zunehmendem Alter deutlich an. Das gilt sowohl für Akut- als auch für Post-Covid-Erkrankungen.

Lange Ausfallzeiten wegen Post-Covid-Erkrankungen

Während unter 30-Jährige bayerische Beschäftigte im Mittel sieben Tage aufgrund einer akuten und 19 Tage aufgrund einer Post-Covid-Erkrankung arbeitsunfähig geschrieben wurden, fielen Berufstätige ab 60 durchschnittlich elf bzw. 46 Tage aus. Über alle Beschäftigten hinweg waren bei akuten Covid-Erkrankungen durchschnittlich neun Ausfalltage zu verzeichnen, bei Post-Covid-Erkrankungen durchschnittlich 32 Tage. Damit dauerten die Post-Covid-Erkrankungen der bayerischen AOK-Versicherten durch-

GZ-Kommentar zu dürftigem Zahlenmaterial

2022 gab es also weitaus mehr Corona-Erkrankte als 2021. Das geben die AOK-Daten her. Was sie nicht sagen: Hat die Impfung also versagt? Und schlimmer: Wie sieht es mit den Menschen aus, die nach Corona-Impfungen schwerwiegende Schäden erlitten haben? Diese werden nunmehr sogar vom obersten Impfwerber Karl Lauterbach zugegeben.

Die gesundheitlichen Folgen bezahlen die gesetzlich Versicherten als Solidargemeinschaft. Adäquate Entschädigungszahlungen scheinen leider auf der Strecke zu bleiben. Sollte oberste Priorität einer gesetzlichen Krankenkasse nicht sein, Fehler, die in der Corona-Politik gemacht wurden, darzulegen und aufzuarbeiten?

Die Bundesregierung hat Unsummen für Impf-Marketing ausgegeben. Hätten Firmen, die „An der Goldgrube“ (das ist die Biontech-Adresse in Mainz) ansässig sind und Milliarden Euro eingenommen haben, nicht selbst für ihre Produkte werben können? Und wo bleibt das Geld, um jetzt Betroffenen zu helfen und vergleichbare Fehler künftig zu vermeiden? Wann ist endlich mit richtigen, vollständigen Daten zu rechnen? Ist es nicht Sache der Politik und der Krankenkassen für einwandfrei verwertbares Zahlenmaterial Sorge zu tragen? Statistiken, die wesentliche Aspekte unberücksichtigt lassen, führen grundsätzlich zu keinen korrekten Ergebnissen. Wenn man sie als „Fakten“ verkauft, sind sie falsch und irreführend. □

GZ

KOLUMNE
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

die zweite Halbzeit für unsere bayerischen Kommunalpolitiker hat begonnen. In meiner vorigen Kolumne haben wir gemeinsam auf die letzten drei Jahre zurückgeblickt; heute wagen wir einen kleinen Ausblick auf die nächsten Jahre.

Was wünsche ich mir persönlich für die nächsten Jahre für unsere bayerischen Kommunen? Wir benötigen eine finanzielle Grundaussstattung, die nicht nur für die Erfüllung der Pflichtaufgaben und für die vielen von Bund und Land auf-



rechterhalten können. Gleiches gilt für die Schaffung von familienfreundlichen Angeboten im KiTa- und Schulbereich. All diese Themen können unsere bayerischen Kommunen nur mit kräftiger Unterstützung von Bund und Land stemmen.

Neben den großen politischen Linien, die alle kommunalen Ebenen betreffen, gibt es ja auch noch individuelle kommunalpolitische Themen in den bayerischen Bezirken, Landkreisen, Städten und Gemeinden. Wir wollen die Zukunftsthemen Digitalisierung, Mobilität, Energiewende und Klimaschutz sowie Migration erfolgreich meistern. In den nächsten drei Jahren werden vor Ort die Weichen für erfolgreiche Kommunalwahlen in 2026 gestellt.

Dank Ihrem Einsatz in den Städten, Gemeinden, Landkreisen und Bezirken sowie der Unterstützung der Bayerischen Staatsregierung wollen wir alle gemeinsam und zuversichtlich in die zweite kommunalpolitische Halbzeit starten.

Die KPV steht Ihnen in den nächsten drei Jahren fest zur Seite, unterstützt die kommunale Gremienarbeit sowie die Interessensvertretung aller kommunalen Ebenen gegenüber dem Freistaat, Bund und Europa sowie innerhalb der kommunalpolitischen Familie der CSU.

Mit kommunalpolitischen Grüßen

Ihr Stefan Rößle

Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

KPV: Ausblick auf die zweite kommunale Halbzeit

die Kommunen übertragenen Aufgaben reicht, sondern uns auch Spielraum lässt für Eigeninitiative zum Wohl unserer Bevölkerung. Wir benötigen für dieses und die nächsten Jahre einen kommunalen Finanzausgleich, der den gestiegenen Kosten und Anforderungen der Bürgerinnen und Bürger an die Politik gerecht wird.

Ebenso wünsche ich mir, dass wir eine zukunftsfähige Krankenhauslandschaft und attraktive Betreuungseinrichtungen sowie eine funktionierende Pflegelandschaft vor Ort auf-

schnittlich zwei Tage länger als im bundesweiten Durchschnitt. Zum Vergleich: Atemwegserkrankungen dauerten in Bayern bei den AOK-Versicherten Beschäftigten knapp sieben Tage.

Auch mehr Erkrankungen des Muskel-Skelettsystems ...

Atemwegserkrankungen verursachten 2022 in Bayern die meisten Krankmeldungen (86,4 Krankmeldungen je 100 Versichertenjahre). 2021 lag der Wert noch bei 31,6. Doch auch die Muskelskelett-Erkrankungen gingen nach oben und belegten mit 35,5 Krankmeldungen je 100 Versichertenjahre den zweiten Platz (2021: 31,6).

... und der Psyche

Bei den psychischen Erkrankungen gab es einen Anstieg der Krankmeldungen um rund 11 Prozent. Besonders betroffen von psychischen Erkrankungen waren erneut die Berufe in der Altenpflege mit durchschnittlich 20,6 Krankmeldungen je 100 Versichertenjahre. Der bayerische Durchschnitt lag bei 10,9.

Zusammenhang mit Impfung nicht abgefragt

Auf die Rückfrage wie viele der Corona-Erkrankten bzw. Post-Covid-Erkrankten mindestens einmal oder vollständig geimpft sind und wie viele Meldungen von unerwünschten Impfnebenwirkungen bei der AOK vorliegen, lautet die Antwort der Kasse wörtlich: „Die gesetzlichen Krankenkassen wissen nicht, welche ihrer Versicherten wann mit welchem Wirkstoff gegen Corona geimpft wurden. Auch Antworten auf Fragen von Impfnebenwirkungen können somit von den Krankenkassen leider nicht beantwortet werden. Das Gesundheitsministerium hat das Paul-Ehrlich-Institut (PEI) mit dem Projekt „Risikoevaluation und Effektivität der COVID19-Impfstoffe“ beauftragt. Aktuell gibt es kein Verknüpfungsverfahren zwischen den vorliegenden anonymisierten Daten der Geimpften und den Abrechnungsdaten der GKV-Versicherten.“ Zitat Ende. Eine Frage nach einer (finanziellen) Bilanz der Corona-Jahre blieb unbeantwortet. □

Bayerischer Integrationspreis 2023:

Erster Preis für „Mia san fit“

Die vom Sozialdienst muslimischer Frauen organisierte Initiative „Mia san fit“ aus Kempten erhält den diesjährigen Bayerischen Integrationspreis. Weitere Preisträger sind der „Chor der Vielfalt – Multilingualer Chor“ in Nürnberg sowie das Projekt „Integration mit Augenmaß“ (Landkreis Dachau).

Unter dem diesjährigen Motto „Integration in der Freizeit – gemeinsame Hobbys verbinden“ wurden Projekte ausgewählt, die sich in besonderer Weise um die Freizeitgestaltung von Menschen mit Migrationsgeschichte in Bayern verdient gemacht haben und integrative Strahlkraft ausüben. Die Bayerische Integrationsbeauftragte Gudrun Brendel-Fischer, Innen- und Integrationsminister Joachim Herrmann und Landtagspräsidentin Ilse Aigner werden die Preise in Kürze im Bayerischen Landtag überreichen. Der Bayerische Integrationspreis 2023 ist mit insgesamt 9.000 Euro dotiert.

Seit 2021 ermöglicht das Projekt „Mia san fit!“ Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen mit und ohne Flucht-/Migrationsgeschichte, sich in unterschiedlichen Sportarten auszuprobieren. Der Sozialdienst muslimischer Frauen Kempten schafft mit der Initiative inklusive und integrative Angebote im Freizeit- und im (natursportlichen) Bergsport. Ziel ist es, eine interkulturelle Öffnung im örtlichen Vereinsleben, im Sport selbst und in der Gesellschaft zu bewirken.

So treffen sich zum Beispiel Frauen unterschiedlicher Herkunft aller Altersstufen ein- bis zweimal pro Woche in einer angemieteten Turnhalle, wo sie gemeinsam Zumba und Yoga praktizieren. Auch andere Sportarten wie Volleyball oder Fußball werden ausprobiert. Der Kurs wird ausschließlich von Frauen, möglichst mit eigener Migrationsbiographie, geleitet. Auf die sportlichen Bedarfe der Frauen wird mit großer Sensibilität eingegangen. Das angebotene Sportprogramm richtet sich flexibel nach der Zielgruppe, Vorkenntnisse sind nicht notwendig. Ein Herzstück des Angebots ist die (interkulturelle) Klettergruppe für Kinder und Jugendliche, die in Kooperation mit der DAV Sektion Kempten Allgäu zweimal im Monat stattfindet.

Durch bekannte Lieder in ver-

schiedenen Sprachen mit eigenen Texten zeigt der „Chor der Vielfalt“ musikalisch die Vielfalt Nürnbergs. Sängerinnen und Sänger verschiedener Herkunft, unterschiedlichen Geschlechts und Alters und ihre Sprachenvielfalt machen ihn zu einem neuartigen und spannenden Projekt. Getragen wird der Chor vor allem von Menschen, die sich in Migrantenvereinen engagieren, dazu gehören unter anderem der Äthiopische Kulturverein und der Iranische Kulturverein und der Verein Romaniva. Die Mitglieder treffen sich wöchentlich im Kulturladen Villa Leon zu Proben. Der seit 2018 bestehende Chor konnte bereits zahlreiche Auftritte absolvieren, zum Beispiel beim Global Art Festival Nürnberg oder beim Winterfest St. Leonhard/Schweinau.

Projekte für alle

Durch sein vielfältiges Angebot zeichnet sich das Projekt „Integration mit Augenmaß“ (IMA) aus. Es ist offen für alle Personengruppen mit Migrationshintergrund. Zum umfangreichen Angebot gehören etwa Projekte für alle Altersstufen, für Menschen mit Behinderungen, Schulungsprojekte, Konzeptentwicklungen, Gesundheits-, Sport- und Musikprojekte oder auch gemeinsames Basteln. Durch die Aktivitäten konnte ein buntes Netzwerk aufgebaut werden, für die Gemeinden soll Bleibendes geschaffen werden.

Konkrete Beispiele für das Wirken der Initiative sind ein Fußball-Integrations-Cup (Wanderpokal) mit Mannschaften aus verschiedenen Ländern, das Nähen afrikanisch-bayerischer Dirndl mit Präsentation in einer Modenschau, Musikprojekte und eine gemeinsame Bandschaftliche Jahresprojekte wie die 100 Mosaik zum Thema Ehrenamt. Seit 2007 werden jährlich ca. 20 Projekte angeboten und diese zum Teil auch über längere Zeit weitergeführt. DK

Baukonjunktur kühlt sich weiter ab:

Wohnungsbau bricht ein

„Die Baukonjunktur kühlt sich weiter ab. Vor allem im Wohnungsbau ist der Einbruch erschreckend, denn die Baugenehmigungen in Bayern rauschen in den Keller. Bereits jetzt haben wir in vielen bayerischen Regionen eine akute Wohnungsnot. Diese wird sich in den kommenden Jahren wegen der weiterwachsenden Einwohnerzahl und den viel zu geringen Wohnungsneubauten verstärken.“ Dies erklärte Wolfgang Schubert-Raab, Präsident des Landesverbands Bayerischer Bauinnungen, anlässlich der Frühjahrskonjunkturpressekonferenz des Verbandes in München.

Die Geschäftslage der Unternehmen des Bausektors zeigt sich im Vorjahresvergleich vor allem im öffentlichen Hochbau und im Wohnungsbau deutlich verschlechtert. Etwa jedes zweite der in diesen Segmenten tätigen Bauunternehmen klagt über eine schlechte Geschäftslage. Zwei von drei im Wohnungsbau tätigen Unternehmen erwarten eine weitere Verschlechterung ihrer Geschäftslage im kommenden Halbjahr. Die pessimistischen Erwartungen werden durch die statistischen Zahlen bestätigt.

Die Wohnungsbaugenehmigungen gingen im ersten Quartal 2023 im Vorjahresvergleich in Bayern um 28,9 Prozent zurück. Aber auch bereits genehmigte Projekte werden immer häufiger storniert. Der Auftragseingang im Wohnungsbau ging im Januar 2023 im Vorjahresvergleich in Deutschland nach Erhebungen des Zentralverbands Deutsches Baugewerbe (ZDB) real um 32,7 Prozent zurück.

Die Gründe für diese Entwicklung liegen in einem toxischen

Gemisch aus exponentiell gestiegenen Zinsen für Baufinanzierungen, hohen Baustoff- und Baupreisen, der faktischen Einstellung der Neubauförderung auf Bundesebene, steigenden Umweltanforderungen, sinkenden Reallöhnen, unsicheren rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen, ausufernden bürokratischen Anforderungen und wachsenden kostenintensiven Aufgaben von Städten und Kommunen.

Bedürfteter Umsatzrückgang

Wolfgang Schubert-Raab befürchtet zum ersten Mal seit vielen Jahren einen Umsatzrückgang im Baugewerbe: „Wir erwarten vor allem wegen des Einbruchs im Wohnungsbau für das Jahr 2023 gegenüber dem Vorjahr um rund 5 Prozent sinkende Nominalumsätze. Die reale Umsatzentwicklung im gesamten Baugewerbe wird voraussichtlich rund 10 Prozent unterhalb des Vorjahres liegen. Diese Entwicklung gefährdet nicht nur die wohnungs-

politischen Ziele, sondern auch Arbeitsplätze im Baugewerbe.“

Bedarf und Angebot

Angesichts dieser Entwicklungen und einer Nettozuwanderung von rund drei Millionen Menschen seit 2015 muss laut Schubert-Raab die Bundesregierung die dramatisch veränderte Situation anerkennen und ihre Politik entsprechend anpassen. Andernfalls werden in diesem Jahr in Deutschland anstatt der jährlich mindestens benötigten 400.000 Wohnungen nicht einmal 250.000 Wohnungen gebaut werden. Deutschland gehen die Wohnungen aus. Die Schere zwischen Bedarf und Angebot klafft immer weiter auseinander.

Schubert-Raab forderte von der Bundespolitik schnelle und durchschlagende Maßnahmen: „In der Wohnungsbauförderung braucht es jetzt eine ambitioniertere, mutige verlässliche Politik. Das Fördervolumen für die Neubauförde-

Bad Tölz:

Auf der Flinthöhe entsteht weitere Flüchtlingsunterkunft

Direkt neben dem Landratsamt in Bad Tölz rollen seit April die Bagger. Auf dem sogenannten Kinogrundstück entsteht kurzfristig eine Flüchtlingsunterkunft. Gebaut werden drei Leichtbauhallen und Sanitärcontainer, in denen – vorausgesetzt es läuft alles nach Plan – ca. Mitte Juni erste Geflüchtete unterkommen sollen. Insgesamt bieten die Hallen Platz für 128 Menschen.

Mehrmals hatte Landrat Josef Niedermaier in den vergangenen Wochen eindringlich dazu aufgerufen, Grundstücke für die Unterbringung von Flüchtlingen zur Verfügung zu stellen. „Die Zeit drängt, werden doch die Plätze in den vorhandenen Unterkünften knapp und die Belegung weiterer Turnhallen soll unbedingt vermieden werden“, so der Landrat. „Wir brauchen dringend Lösungswege für die Unterbringung der Menschen, die da sind und uns weiterhin zugewiesen werden.“ Eine solche zeitlich befristete Lösung ist nun die Errichtung von Leichtbauhallen auf dem sogenannten Kinogrundstück neben dem Landratsamtsgebäude auf der Flinthöhe.

Ein Teilbereich der insgesamt 4.300 m² wird temporär bebaut. „Temporär bedeutet vorerst für ein Jahr mit der Option, um ein weiteres Jahr zu verlängern“, erklärt der Landrat.

Zuerst wird der Unterboden vorbereitet, ab Mitte April wurden dann zwei Hallen zur Unterbringung und eine Halle für Catering, Aufenthalt und Sozialräume sowie zusätzliche Sanitärcontainer aufgestellt. Alle Hallen sind Leichtbauhallen in Aluminium-Gerüstkonstruktion. Ausgestattet werden sie mit Stockbetten, Trenndeckensystemen, Sitzmöglichkeiten und WLAN. Ob in den Hallen Geflüchtete aus der Ukraine oder Asylbe-

Die Sieger wurden aus rund 1.700 Projekten ausgewählt, die in den vergangenen zwei Jahren im Zuge der Dorferneuerung umgesetzt und staatlich gefördert worden waren. Insgesamt hat der Freistaat über 75 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Die Mittel sind Kaniber zufolge gut angelegt: „Die Dorferneuerung verbessert die Lebensqualität im ländlichen Raum, fördert die Attraktivität und Innenentwicklung der Dörfer, reduziert den Flächenverbrauch und stärkt die regionale Wertschöpfung“, so die Ministerin. Die Staatspreise „Dorferneuerung und Baukultur“ werden alle zwei Jahre vergeben. Die Entscheidung fällt eine Kommission aus Architekten, Heimatpflegern und Fachleuten der Verwaltung für Ländliche Entwicklung.

Die Sieger wurden aus rund 1.700 Projekten ausgewählt, die in den vergangenen zwei Jahren im Zuge der Dorferneuerung umgesetzt und staatlich gefördert worden waren. Insgesamt hat der Freistaat über 75 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Die Mittel sind Kaniber zufolge gut angelegt: „Die Dorferneuerung verbessert die Lebensqualität im ländlichen Raum, fördert die Attraktivität und Innenentwicklung der Dörfer, reduziert den Flächenverbrauch und stärkt die regionale Wertschöpfung“, so die Ministerin. Die Staatspreise „Dorferneuerung und Baukultur“ werden alle zwei Jahre vergeben. Die Entscheidung fällt eine Kommission aus Architekten, Heimatpflegern und Fachleuten der Verwaltung für Ländliche Entwicklung.

Die Sieger wurden aus rund 1.700 Projekten ausgewählt, die in den vergangenen zwei Jahren im Zuge der Dorferneuerung umgesetzt und staatlich gefördert worden waren. Insgesamt hat der Freistaat über 75 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Die Mittel sind Kaniber zufolge gut angelegt: „Die Dorferneuerung verbessert die Lebensqualität im ländlichen Raum, fördert die Attraktivität und Innenentwicklung der Dörfer, reduziert den Flächenverbrauch und stärkt die regionale Wertschöpfung“, so die Ministerin. Die Staatspreise „Dorferneuerung und Baukultur“ werden alle zwei Jahre vergeben. Die Entscheidung fällt eine Kommission aus Architekten, Heimatpflegern und Fachleuten der Verwaltung für Ländliche Entwicklung.

Pestel-Institut präsentiert Studie „Wohnen im Alter“

Bundesweit fehlen einer Studie des Pestel-Instituts Hannover zufolge etwa 2,2 Millionen barrierearme und altersgerechte Wohnungen. Mit dem Eintritt der geburtenstarken Jahrgänge der „Babyboomer“ in die Rente werde die Lücke in den nächsten Jahren enorm steigen, betonte Institutsleiter Matthias Günther im Rahmen der Internationalen Bau-Messe in München. Zugleich dürften künftig zahlreiche Rentner die steigenden Mieten und Wohnkosten kaum mehr bezahlen können. Deutschland sei auf bestem Weg in die „graue Wohnungsnot“.

Laut der Untersuchung werden in 20 Jahren über 21 Millionen Menschen zur Altersgruppe „67plus“ gehören – rund 3,6 Millionen mehr als heute. Der Anteil an Senioren, die für ihren Lebensunterhalt auf staatliche Unterstützung angewiesen sind, werde in den kommenden 15 Jahren deutlich steigen. „Wenn die Wohnkosten auch durch die notwendigen Klimaschutzmaßnahmen weiter wie im Tempo der letzten Jahre steigen, wird es für die Senioren von morgen finanziell eng“, warnte Institutsleiter Günther.

Darüber hinaus sei der Wohnungsmarkt auf die kommende Rentnergeneration nicht vorbereitet. Nur rund 600.000 Rentnerhaushalte lebten heute in barrierefreien, für Rollator und Rollstuhl geeigneten Wohnungen, ohne Treppen und mit stufenfreiem Zugang zur Dusche. Im Jahr 2040 würden aber 3,3 Millionen solcher Wohnungen gebraucht, damit alte Menschen möglichst lange zu Hause bleiben können. Trotzdem bremse der Bund den altersgerechten Umbau von Wohnungen sogar aus, stellte Günther fest. Die staatliche KfW-Bank biete heute keine Zuschüsse mehr dafür an. Notwendig wäre ein Förderprogramm für altersgerechten Neu- und Umbau von

mindestens einer halben Milliarde Euro pro Jahr.

Die Studie „Wohnen im Alter“ hat das Pestel-Institut im Auftrag des Bundesverbandes Deutscher Baustoff-Fachhandel (BDB) erstellt. Mit seinen Fachgruppen nimmt dieser aktuell das altersgerechte Bauen und Umbauen mit pragmatischen Angeboten und Beratungen praxisnah in den Blick.

Strategischer Sanierungsplan erforderlich

Nach Darstellung von BDB-Präsidentin Katharina Metzger konzentrierte sich die Bundesregierung derzeit stark auf den Klimaschutz. Das seniorengerechte Bauen und Sanieren drohe dabei in Vergessenheit zu geraten. Um die dringend gebrauchten Seniorenwohnungen zu schaffen, müssten Bund und Länder eine Doppelsanierungsstrategie fahren: Senioren- und Klimaschutz-Sanierungen seien zu koppeln. Es bringe nichts, bei einem Großteil bestehender Wohnhäuser am Ende zwei Mal eine Sanierungsphase durchzuziehen – erst für den Klimaschutz, dann für den Seniorenwohnen. „Deutschland braucht endlich einen strategischen Sanierungsplan“, forderte Metzger. DK

Ländliche Baukultur:

Staatspreise für Meisterstücke

Gebäude prägen das Gesicht der Dörfer. Leerstehende und stark vernachlässigte Bausubstanz beeinträchtigt das Ortsbild und das Lebensgefühl der Dorfbewohner. Am 19. Oktober wird die für die Ländliche Entwicklung zuständige Staatsministerin Michaela Kaniber bei einem Festakt in der Münchner Residenz unter anderem sechs kommunale Bauherren für den beispielhaften Erhalt des baukulturellen Erbes in den Dörfern und die Innenentwicklung mit dem Staatspreis auszeichnen. Dotiert sind die Preise mit jeweils 3.000 Euro.

Am Rande von Walting (Landkreis Eichstätt) werden in einem präzise gesetzten Neubau Schulnutzung und ein Gemeinschaftshaus vereint. Der Bau selbst überzeugt laut Jury mit seiner Gestaltung, Materialwahl und Ausführung von hoher Qualität in den Innerräumen und in den umgebenden Außenflächen. Hofartig umschlossen bilden diese einen spannungsvollen räumlichen Gegensatz zur direkt angrenzenden offenen Kulturlandschaft. So werden Ortsrand und der Zugang zur Landschaft in sorgfältiger und zurückhaltender Weise definiert.

Mit der Neugestaltung des Dorfgartens in Großkonreuth, einem Gemeindeteil des Marktes Mähring im Landkreis Tirschenreuth, entstand unter intensiver Einbeziehung der Dorfgemeinschaft ein vielfältig nutzbarer Freiraum und beliebter Treffpunkt für alle Generationen. Der einfache, klare Baukörper, der sich ganz selbstverständlich in den örtlichen Kontext einfügt und die ebenso angepasste Freiraumgestaltung tragen zu einer wesentlichen städtebaulichen Aufwertung an zentraler Stelle bei und leisten einen guten Beitrag zur sozialen Dorfentwicklung.

In Riglasreuth, einem Gemeindeteil der Gemeinde Neusorg im Landkreis Tirschenreuth, war das 1952 errichtete Vereinsheim aufgrund seines desolaten Bauzustands nicht mehr nutzbar und vom Leerstand bedroht. Nach der gelungenen Instandsetzung steht es als moderne Tagungsstätte der gesamten Dorfgemeinschaft als Treffpunkt zur Verfügung. Die Instandsetzung des „Kolpinghauses“ ist eine zeitgemäße Botschaft zum Erhalt der Grauen Energie der 1950er Jahre-Bauten und zum Grundsatz des „Bewahrens und Weiterbaus“ anstelle des Abbruchs und Neubaus.

Der Neubau des Dorfgemein-

schaftshauses mit Feuerwehrhaus in Carlsgrün, einem Gemeindeteil des Staatsbades Bad Steben im Landkreis Hof, stärkt die Qualität des zentralen historischen Dorfkerns. Er ist Treffpunkt für Jung und Alt und stellt somit einen bedeutenden Beitrag für die Innenentwicklung von Carlsgrün dar. Mit der Baumaßnahme fand das städtebaulich störende alte Feuerwehrhaus einen neuen und passenderen Standort. Der Gemeindesaal wird multifunktional von der Feuerwehr, den örtlichen Vereinen und der Dorfgemeinschaft genutzt.

Sorgfältige Freiraumgestaltung

Wallersau, ein Gemeindeteil der Kreisstadt Roth, erhält durch Sanierung, Umbau und Ergänzung eines historischen Gebäudeensembles eine hochattraktive Mitte für das Dorfleben. Bemerkenswert ist, wie Gebäuden mit vermeintlich niederwertigen Programmen eine besondere Sorgfalt in der Gestaltung geschenkt wird. Die umgebende Freiraumgestaltung ist besonders erwähnenswert. Es entsteht ein zurückhaltend, dennoch sorgfältig gestalteter Dorfplatz, der den Anforderungen für klimagerechte Gestaltung von Freiräumen vorbildlich Rechnung trägt.

An prominenter Lage im Dorf Gutenberg, einem Ortsteil der Gemeinde Oberostendorf im Landkreis Ostallgäu, entstehen durch Umbau im ehemaligen Mesner- und Lehrerhaus attraktive Räume für die Dorfgemeinschaft. In Gutenberg gelingt damit einerseits die Wiedernutzung eines identitätsstiftenden Leerstands. Andererseits werden durch das hochwertige Raumangebot im Innen- wie auch Außenraum auch neue Nutzungen in den Kern des Dorfes geleitet. DK



EINFACH BESSER - FÜR IHR BUDGET UND DIE UMWELT

Als Unternehmen haben wir es uns zur Aufgabe gemacht, für Straßen- und Wegebau sowie sonstige zementgebundene Bauweisen ein Additiv zu entwickeln, welches ökonomisch und ökologisch neue Maßstäbe setzt – unser NT BASE.

NT BASE verbessert nachweislich die Eigenschaften von Zement. Und das in jeder Schicht. Sparen Sie sich den Ausbau, den Transport, die Lagerung und die Deponierung von Baustoffen, welche Sie bereits teuer bezahlt und verbaut haben. Verfestigen Sie den Oberbau unmittelbar vor Ort und reduzieren Sie Instandhaltungskosten und Bauzeiten.

Es ist so einfach und effizient wie es sich anhört!

Sie haben Fragen an uns? Wir helfen Ihnen gerne!

089 - 215 45 40 30 | www.corent-ag.de



Ministerpräsident Markus Söder war sichtlich beeindruckt vom Atrium der Walter-Höllerer-Realschule, dem Herzstück des Schulgebäudes.
Bild: Christine Hollederer

Festakt mit Ministerpräsident Markus Söder:

„Möge die Macht mit eurer Schule sein“

Generalsanierung der Walter-Höllerer-Realschule abgeschlossen

Sulzbach-Rosenberg. Nach gut vier Jahren Bauzeit ist die Generalsanierung der Walter-Höllerer-Realschule in Sulzbach-Rosenberg inklusive Neubaus einer Dreifachsporthalle abgeschlossen. Rund 33 Millionen Euro hat der Landkreis Amberg-Sulzbach in die Bildung kommender Generationen investiert und die Schule baulich und energetisch auf den neuesten Stand gebracht. Zum Festakt in der erst vor kurzem fertiggestellten Sporthalle hatte Landrat Richard Reisinger den Bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder eingeladen. Der Freistaat Bayern unterstützt die Generalsanierung finanziell mit rund 12,8 Millionen Euro.

Die Generalsanierung der Realschule mit dem Bau einer neuen Turnhalle war eine der herausforderndsten Maßnahmen des Landkreises. „Aber auch Beleg dafür, dass wir die Sanierung unserer Schulen konsequent vorantreiben und in den Rohstoffbildung investieren“, brachte es Landrat Richard Reisinger beim Festakt in der Dreifachsporthalle auf den Punkt.

Echte Zukunftsinvestition in die Region

„Eine super Schule“ attestierte der sichtlich gut gelaunte Ehrengast aus München der neugestalteten Walter-Höllerer-Realschule; „fast schon ein Wellnesstempel“, meinte Söder. Jeder Euro sei hier gut angelegt. „Wir investieren in Schulen,

auch im ländlichen Raum. Das ist eine echte Zukunftsinvestition in die Region“, fasste der Ministerpräsident zusammen.

Schulleiter Martin Zimmermann dankte dem Landrat und auch dem Kreistag dafür, dass nun für Schüler und Lehrkräfte ein überaus ansprechendes, modernes und nach pädagogischen Aspekten gestaltetes Schulgebäude und darüber hinaus eine vollständig barrierefreie Dreifachsporthalle zur Verfügung steht. „Das Engagement für unsere Schüler ist Auftrag, Verpflichtung und Erfüllung – we make it so!“, versprach der Schulleiter und bekennende Star-Trek-Fan.

Zum Abschied hatte der bekennende Star-Wars-Fan Söder noch die passenden Abschlussworte für den Schulleiter: „Als Star-Trek-Fan würde ich sagen:

Hitze- und Kälteschutz mit Holz bei Hausbau und Modernisierung:

Nachhaltig und effektiv

Bei Hausbau und Modernisierung spielen der Schutz vor Hitze und Kälte eine immer wichtigere Rolle. Holz puffert als nachhaltiger und umweltschonender Dämmstoff Extremtemperaturen und steigende Energiepreise wirksam ab. Das PEFC-Siegel kennzeichnet dabei nachhaltige Holzprodukte.

Wer heute baut oder modernisiert, hat den Klimawandel fest im Blick: Das Gebäude soll auf Wetterextreme vorbereitet sein, Rohstoffe sollen geschont und klimaschädliches Handeln begrenzt werden. Mit dem Baustoff Holz können Bauverantwortliche beide Herausforderungen gut angehen. Erstens bieten Holzprodukte einen guten Schutz vor Wärme und Kälte. Zweitens erfüllt das nachwachsende Material das Kriterium einer unbedenklichen Herkunft, sofern es mit dem PEFC-Siegel für nachhaltige Waldbewirtschaftung gekennzeichnet ist. Die Zertifizierungsorganisation PEFC Deutschland e.V. rät zu einer Kombination von Maßnahmen:

1. Dämmung: Holz eignet sich effektiv als Dämmmaterial und kann beispielsweise in Form von Holzfaserdämmplatten oder Zellulose Außenwände und Dach aufwerten.
2. Holzfenster oder Holz-Alu-Konstruktionen bieten Platz für Mehrfachverglasungen. Der massive Rahmen und das Wärmedämmglas sorgen zugleich für eine gute Schalldämmung.
3. Verschattung: Für ergänzenden Hitzeschutz bietet sich die

Anbringung von Holzjalousien oder Läden vor Glasflächen an.

4. Innenraumgestaltung: Als robuste Bodenbeläge schützen Parkett, Dielen und Laminat vor Kälte, die von nicht beheizten Untergeschossen und Kellern aufsteigt. Eine Vertäfelung von Wänden und Decken aus Holz wirkt ausgleichend, speziell beim Dachausbau.

5. Gründach: Eine Dachbegrünung wirkt im Sommer kühlend und im Winter dämmend.

Reagieren, bevor der Hochsommer da ist

Gerade im Sommer kann unzureichender Hitzeschutz zu einem unangenehmen Raumklima führen. Neben seiner vielseitigen Einsetzbarkeit bietet Holz von Natur aus ideale Dämmeigenschaften. Die Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V. urteilt: „Im Vergleich zu anderen Werkstoffen, wie beispielsweise Beton, hat der nachwachsende Rohstoff Holz eine deutlich niedrigere Wärmeleitfähigkeit und besitzt damit sehr gute Dämmeigenschaften.“

Zusätzlicher Pluspunkt: Beim Wachsen entzieht Holz der Atmosphäre das klimaschädliche CO₂. Nachhaltiges Holz mit PEFC-Siegel ist daher das ideale Material für die Fassadendämmung. Sei es in Form von Holzfaserdämmstoffen sowie Verkleidungen aus Holzfaserplatten oder Massivholz. Eine Holzfassade bietet Schutz vor Sonneneinstrahlung, Kälte, Regen und Außenlärm. Für die Dämmung von Dachböden oder Hohlräumen bietet sich eine Einblasdämmung mit holzbasierten Zellulosefasern an.

Auch Fenster mit Holzrahmen haben viele Vorteile. Eine passende Verglasung vorausgesetzt, minimieren sie Wärme- und Kälteverluste.

Bei der Innenraumgestaltung bleibt Parkett beliebt. Modernes Klickparkett ist leicht zu verlegen; eine Korkunterlage dient als Trittschalldämmung und optimiert die Kellerecken-

dämmung. Wand- und Deckenvertäfelungen aus Holz sind nicht nur im Dach und Keller ein Gewinn. Dahinter verschwinden Elektro- und Smart-Home-Installationen auf elegante Weise.

Für Raum- und Außenklima gleichermaßen sinnvoll ist die Dachbegrünung. Innen trägt sie zu moderaten Temperaturen bei. Außen schützen die grünen Oasen Städte vor sommerlicher Hitze und bieten Insekten Lebensraum. Viele Kommunen fördern Gründächer deshalb, z.B. auch auf Holz-Carports.

Vier Jahre Bauzeit

Mit den umfassenden Arbeiten zur Generalsanierung der Walter-Höllerer-Realschule in Sulzbach-Rosenberg wurde im Februar 2019 begonnen. Klassenzimmer wurden zunächst in Container ausgelagert, sodass ab März die Baufirmen mit schwerem Gerät anrollen konnten. Die Bauarbeiten dauerten bis zum Sommer 2021. Noch vor den Sommerferien wurde das Schulgebäude in Betrieb genommen. Herzstück ist seitdem das Atrium, das mit einem Folienskendach (ähnlich wie in der Allianz Arena in München) überdacht ist.

Lernlandschaften

In der großzügigen Treppenhalle wurde zudem das schulische Konzept der Lernlandschaften umgesetzt. Dafür wurden in der Treppenhalle multifunktionale Aufenthalts- und Arbeitsbereiche mit Sichtverbindung zu den Klassenräumen geschaffen. Die Klassenzimmer selbst sind mit modernsten Medien und auch einer zentralen Lüftungsanlage mit Wärmerückgewinnung ausgestattet.

Kurz vor Fertigstellung und Inbetriebnahme des Schulgebäudes erfolgte im Frühjahr 2021 der Abbruch der bestehenden Sporthalle. Im Juli 2021 dann bereits der Spatenstich für die neue Dreifachsporthalle. Rund 600 Schülerinnen und Schüler, aber auch der Vereinssport und die Volkshochschule Amberg-Sulzbach mit einem umfangreichen Kursangebot profitieren davon, erläuterte Landrat Reisinger. Darüber hinaus dient die Halle nicht nur dem Schul- und Vereinssport, sondern ist auch eine zusätzliche Versammlungsstätte für bis zu 400 Personen.

Neue Betriebsanlagen des Wasserzweckverbandes Laber-Naab:

Nachhaltige, ressourcenschonende und zukunftsorientierte Technik

Vor vier Jahren erfolgten der Spatenstich und Baubeginn der neuen Betriebsanlagen für den Wasserzweckverband Laber-Naab auf dem Gelände in Hohenlohe bei Beratzhausen. Anfang Mai dieses Jahres wurden die Gebäude mit kirchlicher Segnung eingeweiht und offiziell ihrer Bestimmung übergeben. Bei der Feierstunde sprachen der Bayerische Staatsminister für Finanzen und Heimat, Albert Füracker MdL, und Landrätin Tanja Schweiger Grußworte.

Der Verbandsvorsitzende, Parsbergs 1. Bürgermeister Josef Bauer, betonte in seiner Begrüßung: „Ziel war und ist eine Wasserversorgung, die angesichts vieler schwieriger Herausforderungen eine krisensichere Versorgung mit qualitativ hochwertigem Trinkwasser für unsere Bürgerinnen und Bürger gewährleistet.“ Errichtet wurden deshalb eine Fahrzeughalle, ein Betriebsgebäude mit Netzersatzanlagen, ein Kraftstofflager, eine eigene Tankstelle, ein Gefahstoffraum, eine Schüttguthalle und Räume für die Warenannahme. Abgeschlossen wurden die neue Prozessleittechnik und die eigene Glasfaserinfrastruktur, so dass alle Betriebszustände in Echtzeit verfügbar sind – zugleich in Hohenlohe und im Verwaltungsgebäude in Beratzhausen.

Existenzielle Einrichtung

Bürgermeister Bauers Dank galt den Bediensteten, deren hervorragende Arbeit er lobte, dem „Bauboiler“ und stellvertretenden Werkleiter Manfred Achhammer und beson-

ders Werkleiter Franz Herrler, „der mit seinem Weitblick unseren Zweckverband nach vorne gebracht hat und sicher noch weiterbringt“, so Bauer.



Landrätin Tanja Schweiger und Staatsminister Albert Füracker während ihrer Grußworte.
Bilder: Markus Bauer

Als „existenzielle Einrichtung für uns alle und ein ansehnliches Unternehmen“ würdigte Minister Füracker in seinem Grußwort den Zweckverband bzw.

die Anlagen in Hohenlohe. Ganz klar sprach sich der Minister gegen die Privatisierung der Wasserversorgung aus und votierte für den Erhalt traditioneller Strukturen. „Der Zweckverband steht für nachhaltige, ressourcenschonende und zukunftsorientierte Technik“, lobte Füracker – besonders an Herrler gerichtet, der „immer voller Tatendrang“ sei. Exemplarisch nannte er den Schutz der kriti-



schen Infrastruktur, wo die Laber-Naab mit dem Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (LSI) kooperiert. Angesichts der Diskussionen um das Wasser bat Füracker, die Zusammenarbeit mit den Landwirten fortzusetzen und die Wassersicherheit und -qualität im Blick zu haben. „Es ist eine harte Arbeit, sauberes Wasser zur Verfügung zu stellen und die Sicherheit unserer Wasserversorgung zu gewährleisten“, schloss der Minister.

Weitblick vor Ort

Die Zweckverbandsstruktur insgesamt und den Weitblick vor Ort mit verschiedenen Kooperationen lobte die Regensburger Landrätin Schweiger in ihrem Grußwort. Sie zollte Anerkennung für den Mut der Verbandsräte, diese Entscheidungen mitzutragen. Auch ihr Dank galt den Bediensteten für die geleistete Arbeit.

Die Segnung nahm Beratzhausens Pfarrer BGR Johann Christian Rahm vor. „Ohne Wasser gibt es kein Leben“, stellte er in seiner Ansprache fest. Und Gott sei „das Wasser für das Leben“. Als Auftrag der Segnung sah Pfarrer Rahm, Schöpfung und Natur zu achten und zu bewahren.

Abschließend verwies Werkleiter Herrler auf den risikobasierten Ansatz der neuen Trinkwasserverordnung. „In den letzten zehn, 15 Jahren waren wir in diesem Feld schon aktiv, viele der Vorgaben sind bei uns schon umgesetzt“, fasste er zusammen. Doch er machte auch deutlich, dass im Bereich Energie neue Herausforderungen warten.

Rund 20 Millionen Euro hat der Zweckverband Laber-Naab in den vergangenen 15 Jahren in die Zukunfts- und Versorgungssicherheit investiert. Doch die Laber-Naab bleibt aktiv. Noch heuer soll der Brunnen V, Alter Ofen, bei Grametshof fertiggestellt werden und die mit der REWAG geplante Verbundleitung von Regensburg nach Nittendorf in Betrieb gehen.

Auch in der Energiethematik will man aktiv werden. Die Photovoltaik-Anlagen auf den Dächern der Gebäude in Hohenlohe und ein Windrad in der Nähe von Willenhofen belegen das Engagement bereits, weitere Konzepte sind angedacht.

Markus Bauer

Bauüberhang in Bayern:

2022 erneut über Vorjahresniveau

Zuwachs insbesondere bei Wohnungen mit fortgeschrittenem Bauzustand, Plus von 6,2 Prozent auf 48.901 rohbaufertige Wohnungen im Wohnneubau

Nach Mitteilung des Bayerischen Landesamts für Statistik liegen in Bayern am 31. Dezember 2022 für insgesamt 201.993 zum Bau genehmigte Wohnungen noch keine Fertigstellungsmeldungen vor. Im Vergleich zum Vorjahr wächst der Bauüberhang demnach um 9.114 Wohnungen beziehungsweise 4,7 Prozent. Bei 42,3 Prozent der Wohnungen im Wohnneubau ist Ende 2022 noch kein Baubeginn registriert.

Bereits in der Bauphase, aber „noch nicht unter Dach“, sind 29,0 Prozent der entsprechenden Wohnungen. Am weitesten fortgeschritten mit dem Bauzustand „unter Dach“ sind 28,7 Prozent der Wohnungen. Nach Gebäudearten betrachtet, ist mit 37,5 Prozent der Anteil an rohbaufertigen Wohnungen bei Zweifamilienhäusern am größten.

Von den in Bayern am 31. Dezember 2022 im Bauüberhang befindlichen Wohnungen sind mit einem Anteil von 86,7 Prozent die meisten Wohnungen in neuen Gebäuden geplant. Die anderen 13,3 Prozent Wohnungen sollen durch Baumaßnahmen im Gebäudebestand realisiert werden. Beim Gebäude-Neubau sollen 97,3 Prozent der Wohnungen in Wohngebäuden entstehen.

Bei 42,3 Prozent der im Bauüberhang in Bayern Ende 2022 dem Wohngebäude-Neubau zugeordneten Wohnungen steht der Baubeginn noch bevor.

Niederbayern hat den höchsten Anteil bei rohbaufertigen Wohnungen

Den Bauüberhang in Bayern am 31. Dezember 2022 beim Wohnneubau nach Regierungsbezirken betrachtet, weist Niederbayern mit 38,7 Prozent den höchsten Anteil an rohbaufertigen Wohnungen auf. Ebenso über dem bayernweiten Durchschnitt von 28,7 Prozent liegen Oberfranken, Mittelfranken und die Oberpfalz. Nach Bauzuständen differenziert, steigt die Anzahl der rohbaufertigen Wohnungen gegenüber Ende 2021 um 6,2 Prozent beziehungsweise 2.856 auf aktuell 48.901 Wohnungen.

Das vergleichbare Plus beim Bauzustand „noch nicht unter Dach“ beträgt 2,9 Prozent und der Zuwachs beim Bauzustand „noch nicht begonnen“ 4,2 Prozent.

Bei Betrachtung des Baufortschritts der Wohnungen im Wohnneubau nach Gebäudearten zeigt sich, dass im Eigenheimbereich relativ deutlich mehr Wohnungen bereits „unter Dach“ sind als im Geschosswohnungsbau. Der jeweilige Anteil beträgt 37,5 Prozent bei Zweifamilienhäusern, 33,8 Prozent bei Einfamilienhäusern und 25,4 Prozent bei Mehrfamilienhäusern (ohne Wohnheime).

Nach den aktuell vorliegenden Ergebnissen der Bauüberhangsstatistik in Bayern werden 4.772 vormals geplante Wohnungen nicht mehr gebaut. Deren Baugenehmigung ist im Jahresverlauf 2022 erloschen.

<https://www.statistik.bayern.de/presse/mitteilungen/2023/pm112/index.html>

Stadt Stein:

Neues Fitnessgerät auf dem Spielplatz im Steiner Wiesengrund

Der Spielplatz an der Krümme im Steiner Wiesengrund erfreut sich größter Beliebtheit und wird nun um eine Attraktion reicher. In Anwesenheit von Bürgermeister Kurt Krömer und Vertretern des städtischen Bauamtes sowie der Umsetzungsbegleiterin der Kommunalen Allianz Biberttal-Dillenberg, Julia Feulner, wurde ein neues Fitnessgerät eingeweiht.

Auf und an dem Spielplatz befinden sich bereits einzelne Fitnessgeräte, nun kommt ein großes Workout-Gerät hinzu, an dem 32 Übungen absolviert werden können. Steins Bürgermeister Kurt Krömer freut sich darüber, den sportlich Aktiven etwas Neues anbieten zu können: „In diesem wunderschönen Umfeld des Wiesengrunds wird für unsere Bürgerinnen und Bürger alles geboten, um sich fit zu halten. Ob zu Fuß, auf dem Rad oder eben ab sofort an diesem

tollen neuen Multifunktions-sportgerät.“ Trainiert werden können Trizeps-, Bizeps-, Schulter-, Brust-, Bauch-, seitliche Bauch-, Rücken-, Gesäß-, Bein-, Oberschenkel- und die Wadenmuskulatur.

Für jede Altersgruppe

Bei Christian Krömer – er kam bei der offiziellen Vorstellung vorbei – wird das Fitnessgerät ein fester Bestandteil im Trainingsplan. Der erfolgreiche

Fitness-Influencer aus Stein ist überzeugt von den vielen Möglichkeiten, die dieses Sportgerät bietet: „Ich habe es bereits getestet und es ist eine tolle Ergänzung, zumal es sowohl für Einsteiger als auch für trainierte Sportler geeignet ist.“ Egal ob Kinder, Jugendliche, Erwachsene oder Senioren – mit dem neuen Fitnessgerät gibt es im Wiesengrund nun für jede Altersgruppe das richtige Sportangebot.

Großteil der Finanzierung über das „Regionalbudget“

Seit 2021 haben ILE-Regionen (Integrierte ländliche Entwicklung) in Bayern die Möglichkeit, eigenverantwortlich Kleinpro-

jekte in ihrem Gebiet zu fördern. Auch für 2023 hat sich die Kommunale Allianz Dillenberg-Biberttal mit ihren ILE-Kommunen Ammerndorf, Cadolzburg, Großhabersdorf, Roßtal, Oberasbach und Stein entschlossen, das Förderprogramm „Regionalbudget 2023“ wieder aufzulegen, nachdem es in den letzten beiden Jahren ein voller Erfolg war. Dafür steht den sechs Kommunen ein Förderbudget in Höhe von 100.000 Euro zur Verfügung. Im Fall des Fitnessgerätes in Stein, das rund 10.000 Euro kostet, werden 80 Prozent des Betrags durch die Kommunale Allianz Biberttal-Dillenberg bezuschusst. Die Restsumme übernimmt die Stadt Stein. Ziel des „Regionalbudgets“ ist es, eine engagierte, aktive und eigenverantwortliche ländliche Entwicklung zu unterstützen und die regionale Identität zu stärken. Mit dem „Regionalbudget 2023“ werden im Allianzgebiet 21 Projekte von Vereinen, Organisationen und Kommunen finanziell unterstützt.

Schon in der Vergangenheit konnten in der Stadt Stein einige Anschaffungen und Projekte über das Regionalbudget gefördert werden. So gab es im Rahmen der Förderung ein behindertengerechtes Boden-trampolin für den Spielplatz Fasanenring und ein behindertengerechtes Karussell für den Spielplatz an der Krümme. 2022 wurden auf dem Spielplatz in Bertelsdorf eine behindertengerechte Wippe und auf dem Spielplatz im Fabergut ein behindertengerechtes Boden-trampolin installiert. Der katholische Kindergarten St. Albertus Magnus konnte sich Hochbeete anschaffen und für die LKG Stein in der Loschgestraße gab es neue Tische für den Gemeinschaftsraum. □



V.l.: Julia Feulner (Umsetzungsbegleiterin der Kommunalen Allianz Biberttal-Dillenberg), Wolfgang Schaffrinn (Bauamtsleiter), Oliver Müller (Bauamt), Kurt Krömer (Erster Bürgermeister) und Fitness-Influencer Christian Krömer bei einer kleinen Übung an dem neuen Fitnessgerät. Bild: Stadt Stein

Neues TTZ in Aichach

Mit dem neuen Technologie Transfer Zentrum für digitales Planen und Fertigen im Bauwesen, das zur Technischen Hochschule Augsburg gehören und in Aichach angesiedelt sein wird, erhalten Unternehmen aus dem Bauhandwerk, kompetente wissenschaftliche Unterstützung. Ziel ist es, Betriebe bei konkreten Fragestellungen der Digitalisierung zu begleiten und in enger Kooperation Lösungen für aktuelle Probleme, aber mittelfristige neue Entwicklungen im Bauhandwerk zu erarbeiten und in der Praxis umzusetzen.

Das TTZ, das in Aichach auf dem Gelände der Firma Züblin (früher Merk-Holzbau) untergebracht wird, hat zunächst den innovativen Massivbau in Beton und Holz im Visier. Themen werden dabei digitale Planungs- und Fertigungssysteme, der Einsatz neuer Materialien sowie die Entwicklung automatisierter Fertigungssysteme sein.

Die Digitalisierung der Prozesse in den Unternehmen, Einsatz von Robotik und KI-Techniken sollen mit der Begleitung durch

die Hochschule vorangetrieben und auch für kleinere und mittlere Firmen nutzbar werden. Als weiteres wichtiges Thema nennt Alfred Kailing, stv. Hauptgeschäftsführer der HWK, das zirkuläre Bauen, bei dem vorhandene Materialien nicht auf der Schutthalde enden, sondern wieder in die neuen Bauprozesse integriert werden.

Das Bayerische Wissenschaftsministerium stellt für das neue TTZ 3,75 Mio. Euro Fördermittel zur Verfügung. □

Spatenstich für Kulmbacher Strahlenschutzzentrum

Zum Schutz der Bevölkerung erweitert der Freistaat Bayern seine zentrale Strahlenschutzbehörde. Nach umfangreichen Planungen fand in Kulmbach der Spatenstich für das neue Kompetenzzentrum Strahlenschutz statt. Dazu betonte Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber im Schloss Steinenhausen, der Dienststelle des Landesamts für Umwelt (LfU): „Bayern setzt Maßstäbe zum Schutz der Bevölkerung. Mit unserem neuen Kompetenzzentrum Strahlenschutz sorgen wir für höchstmögliche Sicherheit. Die LfU-Dienststelle in Kulmbach wird zum Zentrallabor für die notwendigen Freigabemessungen beim Rückbau der bayerischen Kernkraftwerke. Auch das beim Rückbau eingesetzte Personal wird hier strahlenschutztechnisch überwacht. Diese unabhängige Kontrolle schafft Transparenz und stärkt das Vertrauen.“

Nach Glaubers Worten wird die zweite wesentliche Aufgabe die Vorsorge für einen möglichen radiologischen Ereignisfall. Im Ereignisfall muss zum Schutz der Bevölkerung schnell

reagiert werden. Zukünftig haben wir in Augsburg und Kulmbach gleichwertige und leistungsstarke Laboreinheiten. Wir verstärken die Notfallvorsorge und den Katastrophen-

schutz in ganz Bayern. Dafür brauchen wir diesen Neubau.“

Die Konzeption für das Strahlenschutzzentrum sieht eine deutliche Ausweitung der Radioaktivitätsmessungen sowie zusätzliche Vollzugsaufgaben aus dem Bereich des Strahlenschutzgesetzes und des Atomgesetzes am Standort Kulmbach vor. Im Aufsichtslabor werden Proben untersucht, die bei den Kontrollen vor Ort im medizinischen und gewerblichen Bereich, vor allem aber aus den Kernkraftwerken (KKW) stammen.

Messungen bündeln

Zukünftig sollen im neuen Laborbau die Messungen im Zusammenhang mit dem KKW-Rückbau gebündelt werden. Die Labore in Augsburg und Kulmbach werden zudem künftig gleichrangig als IMIS-Landesmessstellen (integriertes Mess- und Informationssystem zur Überwachung der Radioaktivität in der Umwelt) betrieben. Diese Aufgabe führen die Länder zur Messung der allgemeinen Umweltradioaktivität durch (Messung von Lebensmitteln, Futtermitteln, Umweltproben). Dazu werden vom Bund Pläne vorgegeben, die sowohl den Routinebetrieb als auch einen Intensivbetrieb nach einem radiologischen Ereignisfall abdecken. Für Bayern sind im Routinebetrieb jährlich rund 2.000 Umweltproben zu untersuchen. Im Intensivbetrieb steigt diese Anzahl auf 300 bis 500 Proben täglich.

Fertigstellung im Jahr 2025

Bei der Konzeption des Neubaus wurden insbesondere Aspekte des Denkmalschutzes und des Naturschutzes für das Schloss Steinenhausen und dessen naturnahe Umgebung am Zusammenfluss von Rotem und Weißem Main berücksichtigt. Die Baukosten sind mit knapp 43 Millionen Euro veranschlagt. Im Herbst 2025 soll das neue Labor, das eine Hauptnutzfläche von 960 Quadratmetern umfasst, fertiggestellt sein.

Bei dem Neubau wird besonders auf eine Optimierung der energetischen Versorgung – insbesondere durch die Nutzung von Geothermie und Photovoltaik – geachtet. Im jetzigen Labor, das sich im Nordflügel der Schlossanlage befindet, werden nach dem Umbau Büroarbeitsplätze sowie ein Besprechungsraum und ein Sozialraum entstehen. Derzeit sind in der LfU-Dienststelle Kulmbach rund 60 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig. Weitere 15 Beschäftigte werden dazukommen. □

Mineralische Rohstoffe:

Fundament der Energiewende

Seit Beginn des Krieges in der Ukraine haben sich die Preise für fossile Brennstoffe vervielfacht: Ein beschleunigter Ausbau der erneuerbaren Energien wird darum immer wichtiger, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Dabei kommt mineralischen Baustoffen wie Sand, Kies, Zement und dem daraus hergestellten Beton eine grundlegende Bedeutung zu. In Bayern sind die benötigten Rohstoffe in ausreichender Menge vorhanden. Die heimischen Rohstoffgewinnenden Betriebe stehen bereit, ihren Beitrag zum Gelingen der Energiewende zu leisten.

Vorteil der kurzen Wege

Beim Ausbau der erneuerbaren Energien stehen häufig metallische Rohstoffe wie Seltene Erden, Kupfer und Silizium im Fokus des öffentlichen Interesses. Dabei kommt den mineralischen Rohstoffen eine ebenso große Bedeutung zu. „Ohne Beton wäre die Energiewende nicht umzusetzen“, betont Dr. Bernhard Kling, Geschäftsführer des Bayerischen Industrieverbands Baustoffe, Steine und Erden e. V. (BIV). „Er wird beim Anlegen von Fundamenten, beim Bau von Windkraftanlagen, aber zum Beispiel auch beim Ausbau der Stromnetze benötigt.“

Beton optimiert Energieeffizienz von Gebäuden

Darüber hinaus habe Beton als Baustoff energetische Vorteile zu bieten: So lasse sich seine Wärmespeicherfähigkeit nutzen, um die Energieeffizienz von Gebäuden zu optimieren. „Wir haben die Rohstoffe, die wir zur Herstellung von Beton brauchen, hier bei uns im Land“, macht Dr. Kling deutlich. „Und wir können sie auf kurzem Weg und somit geringerer Transportentfernung und CO₂-Ausstoß dorthin bringen, wo sie benötigt werden.“

Mit dem Erneuerbare-Ener-

gie-Gesetz 2023 hat die Bundesregierung einen deutlich beschleunigten Ausbau von Windkraft, Photovoltaik und Co auf den Weg gebracht. Auch die Bayerische Staatsregierung plant, die Stromerzeugung mit erneuerbaren Energien bis 2030 zu verdoppeln. Der Bedarf an mineralischen Rohstoffen, die es zur Umsetzung der Energiewende braucht, wird damit in den kommenden Jahren deutlich steigen.

Beschleunigter Ausbau sorgt für neue Bedarfe

Allein für ein Fundament einer Windkraftanlage werden knapp 1.750 Tonnen bei einer Anlagenleistung von 2,3 Megawatt benötigt. Da in Bayern in den nächsten Jahren mehr als 1.000 neue Windkraftanlagen entstehen sollen, ist hier mit einem Schwerpunkt bei der Rohstoffnachfrage im Bereich der erneuerbaren Energien zu rechnen. „Unsere rohstoffgewinnenden Betriebe sind leistungsstark und haben die Kapazitäten, die zusätzlichen Bedarfe zu erfüllen“, macht Dr. BIV-Geschäftsführer deutlich. „Die bayerischen Betriebe der mineralischen Rohstoffindustrie werden ihren möglichen Beitrag leisten, damit die Energiewende gelingen kann.“ □

Zukunft gestalten. Heimat fördern.

BayernLabo – Kommunalkredit- und Förderbank des Freistaats Bayern

Mit Zinsbindungen bis zu 30 Jahren im klassischen Kommunalkredit sowie mit speziellen Förderkrediten unterstützen wir bayerische Gebietskörperschaften bei der Realisierung ihrer Investitionsvorhaben.

Mehr erfahren unter: bayernlabo.de

#HEIMATFÖRDERER

BayernLabo

bvse-Branchenforum 2023 in Hamburg:

Kompass für stürmische Zeiten

Über zukunftsfähige Lösungsansätze, die die Elektro(nik)-/Schrottreycling-Branche sicher durch die aktuelle Sturmflut an Gesetzen und den Turbulenzen in Lieferketten und auf Rohstoffmärkten navigieren, wurde beim bvse-Branchenforum in Hamburg diskutiert.

Eric Rehbock, Hauptgeschäftsführer des bvse-Bundesverbandes Sekundärrohstoffe und Entsorgung, machte vor den Teilnehmern des 21. Elektro(nik)-Altgerätetages deutlich, dass sich die Branchenunternehmen anspruchsvollen Herausforderungen zu stellen haben. Exemplarisch nannte er die im internationalen Vergleich hohen Energiepreise, komplizierte und langwierige Genehmigungsverfahren und den Fachkräftemangel in fast allen Tätigkeitsbereichen. „Unsere Branche versorgt große Industriebereiche mit den notwendigen Sekundärrohstoffen. Wenn es um Rohstoffverfügbarkeit geht, sind wir ein wichtiger Partner. Inzwischen haben die meisten verstanden, dass es in Zukunft ohne Kreis-

laufwirtschaft in Deutschland und Europa nicht gehen wird“, betonte Rehbock.

Erfahrungen aus der Praxis

Inzwischen habe der Prozess zur Formulierung einer Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie begonnen. Der bvse begrüßt dieses Vorhaben ausdrücklich und bringe sich aktiv in verschiedene Dialoggruppen ein. Skeptisch beurteilt Rehbock freilich den Umstand, dass verschiedenste Interessengruppen, Kirchen und NGOs mit am Tisch säßen: Die große Frage sei, ob hier „etwas Vernünftiges herauskommt“. Der bvse werde seine Expertise jedenfalls in die Dialoggruppen einbringen: „Wir als Praktiker können für die ver-

schiedenen Stoffströme deutlich machen, woran es hängt, was verbessert werden muss.“

E-Schrott-Recycling

Als wesentlich bezeichnete der Hauptgeschäftsführer, auch mit Blick auf das E-Schrott-Recycling, dabei das Design for Recycling. Ein weiteres Augenmerk sollte laut bvse auf einfachere

Bei Ausschreibungen:

Gütesichere Recyclingbaustoffe müssen die Regel sein

Bei einer Podiumsdiskussion auf der Demonstrationsmesse RecyclingAKTIV & TiefbauLIVE (RATL) mit dem baden-württembergischen Verkehrsminister Winfried Hermann kritisierte bvse-Hauptgeschäftsführer Eric Rehbock die nach wie vor überwiegend stiefmütterliche Berücksichtigung gütesicherter Recyclingbaustoffe bei der öffentlichen Vergabe und forderte Abhilfe.

Öffentliche Hand muss jetzt umsetzen!

„Gütesichere Recyclingbaustoffe werden bei der öffentlichen Auftragsvergabe immer noch viel zu selten eingesetzt. Der Wille des Gesetzgebers ist da, aber die Umsetzung findet in der Praxis immer noch völlig unzureichend statt. Wir fordern, dass die Öffentliche Hand ihre diesbezügliche Verpflichtung zur Vorbildfunktion endlich konsequent umsetzt. Eine Ausschreibung von gütesicherten Recyclingbaustoffen muss bei Aufträgen von Kommunen und öffentlicher Verwaltung endlich die Regel sein“, betonte der bvse-Verbandschef Rehbock.

Darüber hinaus sollte die Einhaltung dieser Verpflichtung ausreichend und effektiv kontrolliert werden und nötigenfalls durch Dritte einklagbar sein. „In Zukunft sollte zudem eine Dokumentation der Gründe erfolgen, die dazu führen, dass gütesichere Recyclingbaustoffe bei der Auftragsvergabe für einen Einbau als nicht zulässig eingestuft werden“, forderte Rehbock weiter.

„Der bvse wird das Ausschreibungsverhalten der Öff-

Kreislaufwirtschaft:

Private Entsorger fordern fairen Wettbewerb und mehr Engagement

Fünf Monate vor den Landtagswahlen in Bayern fordert der Verband der Bayerischen Entsorgungsunternehmen e.V. (VBS) die Parteien in Bayern auf, für fairen Wettbewerb und den weiteren Ausbau der Kreislaufwirtschaft zu sorgen. Fakt ist, dass gerade im Abfallbereich wichtige Entscheidungen auf Landesebene oder in den Kommunen getroffen werden.

In Bayern gibt es aktuell 1.537 Wertstoffhöfe, so viele wie in keinem anderen Bundesland. Aus Sicht des VBS werden Wertstoffhöfe auch in Zukunft eine wichtige Rolle bei der Erfassung von Abfällen spielen. Aber: Nicht für jeden Abfall, der derzeit am Wertstoffhof erfasst wird, ist der Wertstoffhof das optimale Erfassungssystem. VBS-Präsident Stefan Böhme: „Wir fordern, dass Wertstoffhöfe nur noch für geeignete, z. B. gefährliche Abfälle wie Elektrogeräte, Akkus und Batterien genutzt werden sollen. Massenströme hingegen, wie Leichtverpackungen, Papier und Bioabfall, sollen grundsätzlich haushaltnah erfasst werden, um die Sammelkosten hochzuhalten und damit das Rohstoffpotenzial voll zu nutzen.“

Ein weiteres wichtiges Thema

und schnellere Genehmigungsverfahren für Recycling- und Entsorgungsanlagen gelegt werden. „Wir müssen alles darauf ausrichten, den maximalen Nutzen der Kreislaufwirtschaft zu generieren. Wenn wir aber mit unseren Genehmigungsverfahren so weitermachen, wird das überhaupt nichts in Deutschland“, monierte Rehbock. Gerade erst habe der Recyclingverband zu einem Gesetzentwurf zur Beschleunigung immisionsschutzrechtlicher Verfahren Stellung genommen. In diesem Gesetzentwurf wird vorge-

schlagen, dass die Möglichkeit bestehen soll, auf Kosten des Antragstellers einen Verwaltungshelfer zu beschäftigen. Aus Rehbocks Sicht verfolgt diese Regelung nur den Zweck, die Behörde zu entlasten und die Kosten für die Tätigkeit der Behörden auf den Vorhabenträger abzuwälzen.

Genehmigungsverfahren effizient bearbeiten

Der Hauptgeschäftsführer kritisierte, dass Genehmigungsverfahren ohne diverse Gutachter nicht mehr möglich seien. Die Behörden sähen sich außer Stande, aus eigener Kompetenz Genehmigungen auszusprechen. Sinnvoller dürfte es daher sein, dass die politisch Verantwortlichen dafür Sorge tragen, kompetentes Personal in den Behörden weiter aufzustocken, damit diese in der Lage sind, Genehmigungsverfahren effizient zu bearbeiten. Neben der Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie beschäftigt sich die Branche überdies mit neuen Initiativen der Europäischen Union. Erhöht werden soll die Versorgungssicherheit bei wichtigen Industrieerzeugnissen, um sich aus Abhängigkeiten zu lösen, so der bvse-Hauptgeschäftsführer. Bereits in Arbeit befindet sich ein Gesetzentwurf, der „Raw Material Act“.

Kritische Rohstoffe

„Für unsere Branche wesentlich ist das Ziel, dass 15 Prozent des EU-Jahresverbrauchs an kritischen Rohstoffen zukünftig aus dem Recycling gedeckt werden sollen“, informierte Rehbock. Aufgrund technischer und ökonomischer Grenzen sei das heutige Recycling auf die großen Metall- und Edelmetallstoffströme fokussiert, die den Materialwert der Geräte bestimmen. Für das Recycling müsse das komplexe Gemisch der verschiedenen Werkstoffe getrennt werden. Diese Werkstofftrennung mit qualitativ guten Ergebnissen durchzuführen, stelle jedoch erhebliche Ansprüche an technologische Lösungen. „Daher sind die EU-Mitgliedstaaten nun gefordert, erhebliche Anstrengungen in Forschung und Entwicklung zu unternehmen, denn die Herausforderungen der Zukunft werden insbesondere in der Weiterentwicklung von Verfahren zur erhöhten Ausbeute seltener Metalle bestehen“, machte Rehbock deutlich.

Kritikpunkte

Mit Sorge sieht der VBS zudem die jüngste Tendenz hin zu neuen großen kommunalen Biogasanlagen wie in Augsburg und München (in Planung). Hierbei werden zum Teil Mengen in weit entfernt gelegenen Kommunen akquiriert. Ob diese langen Transportstrecken, die häufig an bereits existierenden Biogasanlagen vorbeiführen, im Sinne des Klima- und Umweltschutzes sind, ist mehr als fraglich. Kritisch sieht der Verband auch den schleichen Trend zur Rekommunalisierung der Hausmüllabfuhr (zuletzt Landkreis Bad Kissingen 2022). VBS-Präsident Stefan

Im bvse-Forum Schrott ging es insbesondere um den von der Europäischen Union eingeschlagenen Weg in eine in eine klimaneutrale Kreislaufwirtschaft. Die deutschen Hüttenwerke versuchen, ihre Produktion klimaneutraler zu gestalten, was eine erhöhte Schrottnachfrage zur Folge haben wird. Denn CO₂-Einsparungen sind durch nichts schneller und günstiger zu realisieren als über den Schrotteinsatz.

Wie Sebastian Will, geschäftsführendes Präsidiumsmitglied beim bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung, feststellte, „ist dieser Weg unumkehrbar und der Transmissionsprozess schreitet voran. Wir nehmen jedoch bisher nur wahr, dass die Branchenunternehmen vor allem zunehmendem Dirigismus in der europäischen und deutschen Gesetzgebung unter dem Deckmantel des Umweltschutzes ausgesetzt sind. Auch dieser Herausforderung müssen und werden wir uns stellen.“

Will wies zudem darauf hin, dass der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine seit Februar 2022 für die Schrottbranche vieles verändert und manche Entwicklungen verschärft habe. Lieferketten seien unterbrochen worden (Stichwort Halbleiter und Kabelbäume). Auch mussten neue Lieferketten aufgebaut und neue Rohstofflieferanten gefunden werden.

Branche mit Sorgenfalten

Das Präsidiumsmitglied stellte fest, dass der Ausstieg aus der fossilen Energienutzung hierzulande durch den Krieg noch schneller vollzogen werde. Es sollte aber klar sein, dass die Energiebeschaffung und die Energiepreise die Schlüsselfaktoren für Wirtschaftswachstum und den politisch gewollten raschen Umbau zu einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft sind. Dabei habe die Branche mit großen Problemen zu kämpfen. Schließlich ist die deutsche Stahlproduktion 2022 im Vergleich zu 2021 um 8,4 Prozent bzw. 3,4 Mio. Tonnen auf rund 36,9 Mio. Tonnen gefallen. Entsprechend niedriger war der Schrotteinsatz. Im Jahr 2021 lag der Schrottverbrauch der Stahlwerke nach bvse-Schätzungen bei knapp 18 Mio. Tonnen, im vergangenen Jahr nur noch bei 16,4 Mio. Tonnen. Trotzdem konnte sich der Schrotthandel auch unter diesen Voraussetzungen behaupten.

Im April 2022 erreichten die Schrotteinkaufspreise der deutschen Stahlwerke Spitzenwerte, da der Schrottbedarf im In- und Ausland hoch war. So ermöglichte das erste Halbjahr eine positive Unternehmensentwicklung und der NE-Metallschrottmarkt schaffte Ausgleichsmöglichkeiten. Die Energie-, Personal-, Fracht- und Verwaltungskosten sorgten jedoch für Sorgenfalten und auch die hohen krankheitsbedingten Ausfälle wegen Corona belasteten die Unternehmen in hohem Maße, wie Will weiter ausführte. „Ab Juni 2022 begann die Stahlproduktion infolge nachlassender Nachfrage sowohl in Europa als auch bei unserem wichtigsten Schrottanbieter, der Türkei, zu sinken.“ „Was unsere Branche jedoch auszeichnet, ist ihre Flexibilität und ihr pragmatischer Umgang mit Herausforderungen. Davon wird es in nächster Zeit allerdings noch viele geben“, unterstrich Will abschließend. **DK**

Böhme: „Es gibt keinen sachlichen Grund dafür, wieso die Öffentliche Hand den Betrieb von Biogasanlagen oder die Leerung der Mülltonnen selbst übernimmt. Private Entsorgungsunternehmen beweisen seit Jahren, dass sie das besser und effektiver können.“ **□**

VKU-Bundeskongress in Berlin:

Kommunale Abfallwirtschaft und Stadtsauberkeit

Rund 200 Teilnehmer erörterten beim Bundeskongress der kommunalen Abfallwirtschaft und Stadtsauberkeit 2023 des Verbands kommunaler Unternehmen in Berlin aktuelle Herausforderungen und Chancen der Entsorgungswirtschaft. Dabei wurde deutlich, dass die Aufgaben gewaltig sind – vor allem mit Blick auf die Umsetzung der Einwegkunststoffrichtlinie, des CO₂-Preises und des Fachkräftemangels.

Als Diskussionspartner fungierten abfall- und umweltpolitische Sprecher der Bundestags- und Abgeordnetenhausfraktionen sowie Impulsgeber aus der kommunalen Abfallwirtschaft, aus dem Europaparlament und aus der Wissenschaft. VKU-Hauptgeschäftsführer Ingrid Liebing erklärte 2023 zum Jahr, in dem die Energiewende und Themen der Transformation forciert werden. Die Abfallwirtschaft könne in der Energiewende und Wärmewirtschaft auch eine Rolle spielen, betonte Liebing.

Der Gründer und Co-Geschäftsführer/Direktor emeritus des Potsdam Instituts für Klimafolgenforschung, Prof. Dr. Hans-Joachim Schellhuber, beleuchtete in seinem Impulsvortrag das Thema Klimaschutz, Kohlenstoff und Kreislaufwirtschaft, ehe in der anschließenden Diskussion die Frage erörtert wurde, welche Klimaschutzinstrumente sinnvollerweise in der Kreislaufwirtschaft zum Einsatz kommen können.

Düsteres Szenario

„Es ist gut gemeint, die Erdwärme auf kleiner gleich 1,5 Grad zu halten, aber wir haben keine Chance, werden die 1,5 Gradgrenze wahrscheinlich schon in nächsten zehn Jahren erreichen“, zeichnete Prof. Schellhuber ein eher düsteres Szenario. Diese Entwicklung sei nur noch aufzuhalten durch globale Wiederaufforstung und Bewahrung der Flora und CO₂-Speicherung. Um bis Mitte des Jahrhunderts den Ausstoß von Treibhausgasen auf netto Null zu senken, benötigten die Länder der Welt CO₂-Senken. Nur mit diesen könnten sie die verbleibenden schwer zu vermeidbaren Emissionen ausgleichen, insbesondere etwa die aus der Landwirtschaft.

Gebäude könnten eine solche Senke sein - wenn sie aus Holz gebaut werden. Ein fünfstöckiges Wohngebäude aus Brettstichtholz könne bis zu 180 Kilogramm Kohlenstoff pro Quadratmeter speichern, das ist dreimal mehr als in der oberirdischen Biomasse natürlicher Wälder

mit hoher Kohlenstoffdichte. Aktuelle Überlegungen der Bundesregierung zur Kreislaufwirtschaftsstrategie stellte Dr. Susanne Lottermoser vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz vor. Die von der Bundesregierung im Koalitionsvertrag vereinbarte Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie (NKWS) soll bis Frühjahr 2024 erstellt und im Kabinett beschlossen werden.

Kreislaufwirtschaftsstrategie

Mit der Kreislaufwirtschaftsstrategie soll der Rahmen dafür geschaffen werden, den primären Rohstoffbedarf absolut zu senken, die Stoffkreisläufe zu schließen und damit einen Beitrag zu den deutschen Klimaschutzzielen zu leisten. Angesichts dessen werde deutlich, dass die Rohstoffbasis von Kunststoffen grundlegend umgestellt und defossilisiert werden muss. Dies erfordere einen Mix aus unterschiedlichen Technologien und könne neben einer Umstellung auf sekundäre Rohstoffe wie biobasierte Rohstoffe oder zurückgewonnene Kohlenstoffe umfassen.

„Design for Circularity“

Da aber auch diese Prozesse Ressourcen beanspruchten, mit denen vor dem Hintergrund von Knappheit und sich abzeichnender Nutzungskonflikte sparsam umgegangen werden müsse, sei die Vermeidung von Kunststoffabfällen vor diesem Hintergrund vorrangig. Als wesentlich betont die Bundesregierung zudem ein „Design for Circularity“, um Kunststoffe möglichst lange und qualitativ hochwertig im Kreis führen zu können. Als Input für chemische Zerlegungsverfahren sollen aus Sicht der Bundesregierung nur solche Kunststoffabfälle dienen, die nachweislich nicht hochwertig werkstofflich recycelbar sind. Diskutiert wurde die Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie im Anschluss mit den abfall- und umweltpolitischen Sprechern der Bundestags- und Abgeordnetenhausfraktionen. **DK**

Bayerischer Ministerrat:

Weichenstellungen in der Verkehrspolitik

Das Deutschland-Ticket, kurz: D-Ticket, ist zum 1. Mai gestartet. Für 49 Euro pro Monat gibt es nun bundesweite Mobilität in allen Verkehrsmitteln des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Das Deutschlandticket könnte zum Verkaufsschlager werden - mit der möglichen Folge, dass es in Bahnen und Bussen enger wird. Verkehrsminister Christian Bernreiter fordert deshalb vom Bund ein höheres Tempo bei den Überlegungen zum Ausbau des Zugangebots. Nach seinen Worten will der Bund erst 2024 prüfen, ob das Ticket einen Ausbau des Angebots und höhere Zuschüsse notwendig macht. Der Bund sei für den Ausbau des Schienennetzes zuständig und müsse dieser Verpflichtung auch bei den Regionalstrecken nachkommen, so der Minister.

Der Verband deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) schätzt, dass mehr als drei Millionen Menschen schon für Mai den Fahrschein gelöst haben. Demnach seien darunter 750.000 Menschen, die bisher kein Nahverkehrs-Abo besaßen. Der VDV und die Deutsche Bahn gehen davon aus, dass sich perspektivisch 17 Millionen Menschen das D-Ticket zulegen werden.

Deutschlandticket

Für Auszubildende, Studierende und Freiwilligendienstleistende soll das Deutschlandticket in Bayern ab 1. September ermäßigt angeboten werden. Um bestehende Semestertickets der Hochschulen erhalten zu können, können diese Solidarmodelle in das Ermäßigungsticket integriert werden. Der Gesamtpreis aus einem örtlichen Solidaritätsticket und einem freiwilligen monatlich kündbaren Aufpreisticket soll 29 Euro je Monat (174 Euro je Semester) betragen. In Summe bleibt es so bei den 29 Euro pro Monat für das deutschlandweit gültige Ticket.

Damit es nicht zu Ungleichheiten zwischen Auszubildenden und Schülern im vergleichbaren Alter kommt, sollen für letztere ab der 11. Klasse durch eine Absenkung der Familienbelastungsgrenze die Kosten für den Schulweg ebenfalls auf 29 Euro sinken. Diese Änderung wird zum neuen Schuljahr, also noch 2023, umgesetzt.

Mit der Einführung des Deutschlandtickets muss auch die bisherige Regelung der ÖPNV-Finanzierung für den Schülerverkehr angepasst werden. Nun hat der Ministerrat auf den Weg gebracht, dass bayerische Verkehrsunternehmen auch nach 2023 einen Ausgleich für nicht gedeckte Kosten in Folge einer

Stadt München:

Kein Geofencing für das HandyParken

Bei eScootern bspw. rund um das Oktoberfest ist Geofencing bereits seit 2019 möglich. Das heißt, mittels GPS und GIS-Daten werden bestimmte Bereiche der Stadt für die eScooter gesperrt. Hier kann entweder nicht ausgeliehen oder abgestellt werden. Auch eine automatisierte Drosselung der Geschwindigkeiten, bspw. in Fußgängerzonen, wird praktiziert. Was bei eScootern eine einfache Sache ist, steht für das HandyParken der Stadt München nicht zur Verfügung.

HandyParken ist eine Smartphone-App, mit der elektronische Parktickets über das Handy gezogen und minutengenau abgerechnet werden. Die App zeigt den genauen Standort (inkl. Straßennamen) des Ausleihers sowie den nächsten Parkscheinautomaten an. Allerdings wird nicht angezeigt, wenn man sich einer Anwohnerstraße befindet, in der einem das Parken nicht erlaubt ist. Auch hier ist ein Online-Parkticket-Kauf ohne weiteres möglich. Wenn aber jetzt die Polizei kontrolliert, kommt zu den Parkgebühren noch ein Bußgeld von 35 Euro.

Was auf den ersten Blick unlogisch erscheint, hat komplexe Hintergründe. Es läge an der

rabattierten Beförderung von Schülern, Auszubildenden und Studenten erhalten.

In Zukunft werden die Mittel den Aufgabenträgern, d.h. den Landkreisen und kreisfreien Städten, zugewiesen. Die Kommunen können entweder weiterhin auf bewährte Schulbusverkehre setzen oder zum Beispiel den Schülerverkehr in den allgemeinen ÖPNV einbinden und damit weiteren Fahrgästen eröffnen. Ab 2025 sollen solche Angebotsverbesserungen durch ein Bonussystem honoriert werden. Der Staatsregierung ist es laut Minister Bernreiter wichtig, dass bei der Reform die Interessen der Verkehrsunternehmen berücksichtigt werden, insbesondere auch der kleinen und mittelständischen Busunternehmen im ländlichen Raum. Bestehende Verträge seien abgesichert, außerdem werden die Mittel einer strengen Zweckbindung für den Ausbildungsverkehr unterliegen. Die Neuregelung solle somit für bessere Planbarkeit bei den Aufgabenträgern und stärke insgesamt den ÖPNV in Bayern.

Umstellung auf Klimabusse

Vor dem Hintergrund, dass der Freistaat bis spätestens 2040 klimaneutral werden will, wird darüber hinaus im ÖPNV die vollständige Umstellung auf „Klimabusse“ mit klimafreundlichen Antrieben angestrebt. Der Wechsel der Antriebe ist eine Mammutaufgabe, bei der der Freistaat die Verkehrsunternehmen unterstützt. Seit 2022 ist die Busförderung deswegen neu auf Klimabusse ausgerichtet. Bayern fördert Klimabusse seitdem vorrangig und mit höheren Festbeträgen. Auch bei den antriebsbedingten Mehrkosten springt der Freistaat ein,

technischen Ausstattung des Endgeräts. Je hochwertiger, desto besser, so die Rückmeldung der Stadtwerke München, Ressort Mobilität. Der tatsächliche Parkort kann vom gemessenen bis zu 500 Meter abweichen. Deshalb werde vor dem Kauf ein Hinweis eingeblendet, dass Beschilderungen vor Ort zu beachten sein. „Kurzgefasst, die Schwierigkeit mit der Standorterfassung ist kein HandyParken München spezifisches Thema, sondern alle Apps sind davon betroffen, weil die GPS-Verortung durch die Hardware des Smartphones erfolgt und es hierbei zu Abweichungen kommen kann“, heißt es in der Antwort der SWM. CH

sollte der Bund eine Förderung ablehnen.

Im vergangenen Jahr konnten so fast 200 Klimabusse, darunter 120 mit einem Elektroantrieb, gefördert werden. In diesem Jahr wurden bereits knapp 400 Klimabusse zur Förderung angemeldet. Darunter sind 300 Elektrobusse und erstmals auch über 30 Busse mit Wasserstoffantrieb. Übergangsweise werden auch emissionsarme Fahrzeuge, etwa mit Biogasantrieb, gefördert. Gleichzeitig sorgt der Freistaat für ausreichende Ladeinfrastruktur. Im vergangenen Jahr wurden dafür Zuwendungsbescheide für 14 Projekte mit einem Gesamtvolumen von 18 Mio. Euro erteilt.

Nach den Beschlüssen des Bundes zur Beschleunigung von Autobahnausbaumaßnahmen setzt sich die Bayerische Staats-

Studie ergibt:

Verkehrsverbund „Donauwald“ wäre sinnvoll

Verkehrsverbünde aus Bus und Bahn generieren zahlreiche Vorteile für die Fahrgäste. Deshalb lassen die Landkreise Deggendorf, Dingolfing-Landau, Freyung-Grafenau, Passau, Regen, Rottal-Inn und die Stadt Passau mit Unterstützung des Freistaats Bayern die Gründung eines gemeinsamen Verkehrs- und Tarifverbunds untersuchen. Nun liegen die ersten Zwischenergebnisse vor.

Die Studie zu einem niederbayerischen Verkehrsverbund „Donauwald“ startete im Juli 2022 und soll voraussichtlich im Sommer 2024 abgeschlossen werden. In der ersten Studienphase wurde die verkehrliche Sinnhaftigkeit einer Verbundgründung bewertet. „Die Untersuchungen haben ergeben, dass ein solcher Verkehrsverbund verkehrlich absolut sinnvoll ist“, erklärte Verkehrsminister Christian Bernreiter. Er hoffe, dass sich die Beteiligten für eine Weiterführung der Untersuchungen entscheiden werden. In der zweiten Studienphase werden organisatorische Fragen geklärt und die Kosten einer Verbundgründung berechnet.

Verbesserung der regionalen Mobilitätsangebote

Laut Sebastian Gruber, Landrat des Landkreises Freyung-Grafenau und Bezirksvorsitzender des niederbayerischen Landkreistags, „vereint die an dem Projekt beteiligten Landkreise sowie die Stadt Passau die Lage in einer sehr lebenswerten, in vielerlei Hinsicht vernetzten Region. Die Menschen leben und arbeiten in erster Linie in Regionen, nicht in Verwaltungseinheiten. Insofern freue ich mich, dass wir auf einem sehr guten Weg sind, die regionalen Mobilitätsangebote durch die Schaffung eines gemeinsamen Verkehrsverbundes weiter zu verbessern.“

Auch Passaus Landrat Raimund Kneidinger wertet das Studienergebnis als klaren Auftrag, den Weg hin zu einem leistungsfähigen öffentlichen Nahverkehr weiter zu verfolgen. Mobilität im ländlichen Raum werde immer auf den Individualverkehr angewiesen sein, aber: „Jedes Angebot, das den ÖPNV auch hier attraktiver, das Tarifsystem übersichtlicher und den Zugang einfacher macht, ist ein gutes Angebot.“

Der Freistaat Bayern begleitet die Grundlagenstudie und fördert sie mit bis zu 3,9 Millionen Euro. Minister Bernreiter zufolge könnten allein von einem Verkehrsverbund „Donau-

regierung überdies dafür ein, dass für weitere wichtige Ausbauprojekte im Freistaat das „überragende öffentliche Interesse“ anerkannt wird, damit diese ebenfalls beschleunigt umgesetzt werden können. In der aktuellen Liste sind 23 Projekte für Bayern enthalten. Wichtige Ausbauprojekte in Bayern fehlen jedoch in der Auflistung des Bundes.

Lückenschluss A 94

Besonders der Lückenschluss der A 94 ist eines der wichtigsten Autobahnprojekte überhaupt in Bayern und für die Menschen in der ganzen Region von überlegendem Interesse. Das gilt auch für den Ausbau der A 3 zwischen Hengersberg und Deggendorf, der A 7 zwischen Hittisteten und Illertissen und der A 96 zwischen Wörthsee und Oberpfaffenhofen. Zudem dürfen aus Sicht der Staatsregierung ebenso wichtige Bundesstraßenprojekte nicht aus dem Blick geraten, für die der Bund ebenfalls eine beschleunigte Umsetzung sicherstellen muss. DK

ADAC Expertenreihe:

Verkehr wandeln. Mobil bleiben.

ADAC Nordbayern fordert transparente Beteiligungsverfahren und mehr Tempo beim Ausbau der Ladeinfrastruktur

Feuchtwangen. Viele Menschen wünschen sich mehr Nachhaltigkeit und Klimaschutz sowie eine höhere Lebensqualität in ihrer Kommune. Um diese Ziele zu erreichen, müssen sich auch Mobilität und Verkehr verändern, die Infrastruktur angepasst und das Mobilitätsangebot ausgebaut werden. Hierfür sind innovative und mutige Ideen in den Städten und auf dem Land gefragt.

Die diesjährige ADAC Expertenreihe stand unter dem Motto „Verkehr wandeln. Mobil bleiben“. Im Rahmen der Veranstaltung diskutierten Expertinnen und Experten in der Bauakademie Feuchtwangen über zukunftsfähige Verkehrskonzepte für Kommunen. Stadt- und Verkehrsplaner berichteten über den Anpassungsbedarf der Regelwerke, die für den Verkehrswandel und die Umgestaltung des öffentlichen Raums notwendig sind. Auch der Faktor Mensch ist zentral für den Wandel.

Individualverkehr nachhaltiger gestalten

Auf der einen Seite benötigen die Menschen bezahlbare und attraktive Mobilitätsangebote über das Auto hinaus, um der Flächenknappheit in der Stadt entgegenzuwirken und die Mobilität auf dem Land zu erhalten. Auf der anderen Seite wird der motorisierte Individualverkehr auch weiterhin eine wichtige Rolle spielen und muss daher nachhaltiger gestaltet werden. Laut Wolfgang

Lieberth, Vorstand für Technik und Umwelt des ADAC Nordbayern, „wird der Kfz-Verkehr allen Prognosen zufolge auch künftig einen hohen Anteil an der innerörtlichen Verkehrsleistung haben. Sein Beitrag zur Erreichung der Klimaziele kann daher hauptsächlich durch die Antriebs- und Energiewende erreicht werden. Dabei kommt den Kommunen beim Aufbau der Ladeinfrastruktur eine entscheidende Rolle zu.“

Kompromisse vonnöten

Die Lösung liegt folglich nicht darin verschiedene Verkehrsmittel gegeneinander auszuspielen. Vielmehr braucht es Kompromisse von allen Beteiligten, um die Mobilität der Zukunft gemeinsam zu gestalten. So ist es beispielsweise für die Umgestaltung des Straßenraums entscheidend, dass Bürger, Anwohner und Betroffene frühzeitig bei der Konzeptentwicklung und Planung miteinbezogen werden, da nur so die nötige Akzeptanz für neue Ansätze erreicht werden kann. □

Starke Partnerschaft.

Wir sind für Bayerns Kommunen da

Von der nachhaltigen Kapitalanlage bis zur **Fortschrittsfinanzierung** – gemeinsam mit den Sparkassen bieten wir Kommunalkunden ein lückenloses Leistungsspektrum. Zinsgünstige Kommunalkredite und spezielle Förderprogramme der BayernLabo ergänzen unsere Leistungen. Erfahren Sie mehr unter bayernlb.de/oeffentliche_hand

Bayern LB

Wir finanzieren Fortschritt.

Finanzgruppe

9. Bayerische Fachtagung Radverkehr in Landshut:

Ländlicher Raum im Visier

Potenziale und Herausforderungen

Mehr Menschen aufs Rad bringen: Das ist eines der Ziele in der Mobilitätswende. Welche Chancen, aber auch welche Herausforderungen es bei der Umsetzung in ländlichen Gebieten gibt, vermittelte die 9. Bayerische Fachtagung Radverkehr in Landshut unter dem Motto RAD.LAND.BAYERN – Radverkehr im ländlichen Raum, die vom Bayerischen Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr und der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Kommunen in Bayern (AGFK Bayern) veranstaltet wurde.

Rund 150 Teilnehmer nutzten die Gelegenheit, sich zu informieren, mit Fachleuten in Dialog zu treten und sich untereinander auf kommunaler Ebene auszutauschen. Das rege Interesse zeigte, wie wichtig das Thema speziell für Bayern ist: Das zweitgrößte Bundesland ist im Vergleich zu anderen Bundesländern relativ dünn besiedelt, über die Hälfte der Bevölkerung lebt im ländlichen Raum, der knapp 90 Prozent der Gesamtfläche Bayerns ausmacht. „Im ländlichen Raum gibt es für den Radverkehr noch viel Potential. Vor allem Pedelecs bieten eine große Chance, neue Zielgruppen und Gebiete zu erschließen.“

Es braucht aber auch durchgängige und sicher befahrbare Netze, um das Fahrrad auch auf dem Land attraktiver zu machen“, sagte Landrat Matthias Dießl, Vorsitzender der AGFK Bayern, in seiner Begrüßungsansprache.

1.500 Kilometer neue Radwege bis 2030

Bayerns Verkehrsminister Christian Bernreiter betonte in seinem Videogrußwort die wichtige Rolle des Radverkehrs in der bayerischen Mobilitäts- und Klimapolitik und überreichte symbolisch einen Förderbescheid an die AGFK: „Wir wollen den

Radverkehrsanteil in ganz Bayern steigern. Dazu brauchen wir eine attraktive und sichere Infrastruktur, auch im ländlichen Raum. Gemeinsam mit unseren Kommunen wollen wir bis 2030 1.500 Kilometer neue Radwege in Bayern auf den Weg bringen. Dabei unterstützen wir die Kommunen mit unseren bekannten Förderprogrammen. Seit 1. März fördern wir nun auch den Ausbau von öffentlichen Feld- und Waldwegen, wenn sie für den Radverkehr bedeutsam sind. Damit wollen wir den Radverkehr im ländlichen Raum kräftig anschieben! Mein herzlicher Dank gilt den Kommunen und der AGFK für ihren Einsatz. Ich freue mich sehr, dass der Freistaat die AGFK Bayern auch dieses Jahr mit bis zu 400.000 Euro unterstützen wird.“

Interkommunale Radweg-Projekte

Eine der größten Herausforderungen auf dem Land sind die unterschiedlichen Zuständigkeiten für die Planung und Umsetzung von interkommunalen Radweg-Projekten. Durchgängige Radwege, über die Grenzen der Kommunen hinweg, können insbesondere für Alltagsstrecken die Nutzung des Fahrrads attraktiver und sicherer machen. Aber auch für den Tourismus ist ein gut ausgebautes Radroutennetz wichtig. 1.200 Kilo-

ter lang ist es im Landkreis Neustadt an der Aisch – Bad Windsheim, Mitglied der AGFK Bayern, und damit ein gutes Beispiel, wie durch eine gelungene Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Landkreis Rad-Projekte gelingen können.

Gute Perspektiven

Die Abstimmungs- und Umsetzungsprozesse erläuterte auf der Fachtagung der Radwegebeauftragte des Landkreises, Sebastian Haser, in einem Vortrag. Dem Thema widmete sich zudem eine Diskussionsrunde unter der Leitung von Caroline Huth, Doktorandin an der Stiftungsprofessur für Radverkehr in intermodalen Verkehrsnetzen an der Technischen Hochschule Wildau. Sie sieht auch in der Verknüpfung von Radverkehr und öffentlichen Verkehrsmitteln eine gute Perspektive für den Radverkehr auf dem Land.

Einen Ausblick auf die künftigen „Empfehlungen für Radverkehrsanlagen“ (ERA), deren Fassung von 2010 derzeit überarbeitet wird, gab Peter Gwiada, Gründungsmitglied und Vorstand des Kölner Planungsbüros VIA. Der Radverkehrsexperte leitete zudem eine große Diskussionsrunde zum Thema Infrastrukturelemente, in der es unter anderem um außerörtliche Fahrradstraßen, um die Nutzung von Wirtschaftswegen und um die Gestaltung von Knotenpunkten ging. In einem weiteren Forum konnten sich die Teilnehmer mit Fachleuten zum Thema fahrradfreundliche Arbeitgeber austauschen. □



V.I.: Bauberrat Martin Singer, Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr, überreicht den Förderbescheid an Matthias Dießl, Vorsitzender der AGFK Bayern und Landrat des Landkreises Fürth. Bild: AGFK Bayern/Andreas Gebauer

Mia san emobil: Isarflitzer geht in die Pilotphase

Gemeinsames Mobilitätsprojekt schafft mehr Flexibilität für die Menschen in Aying und Schäftlarn

Der Wunsch klimafreundlich und dennoch flexibel unterwegs zu sein, treibt viele Menschen in Stadt und Land um. Das Landratsamt München, die Energie Südbayern GmbH und der MVV haben in kurzer Zeit gemeinsam einen überzeugenden Lösungsweg gefunden.

Die Lücke zwischen Ausstiegsstelle vom ÖPNV und dem eigentlichen Zielort wird geschlossen – mit dem Isarflitzer (VW ID.3). Marcus Böske, Geschäftsführer der Energie Südbayern GmbH ist überzeugt: „Mit dem Isarflitzer entsteht ein innovatives Verkehrsmittel zur Verfügung. Mit unseren bisherigen E-Carsharing-Erfahrungen und der Integration in die MVV-App wird eine neue Angebotsqualität bei Fahrten zwischen der Stadt München und dem ländlichen Landkreis erreicht.“

Einer dieser Isarflitzer steht seit Mitte April zur Nutzung für die Bürgerinnen und Bürger, die öffentliche Verwaltung und auch Betriebe in der Pilotgemeinde Aying zur Verfügung. Auch in der zweiten Pilotgemeinde Schäftlarn wird in den nächsten Wochen ein Isarflitzer stationiert, die Vorbereitungen dazu sind nahezu abgeschlossen.

Mit diesen beiden Gemeinden wurden Partner gefunden, die sich für die Projektidee sofort begeistert haben. Das Thema klimafreundliche Anschlussmobilität stand schon seit längerem auf der Agenda und mit der Verknüpfung von MVV-Angebot und Isarflitzer steht einer lokal emissionsfreien Fahrt bis zum Zielort nichts mehr im Weg.

Begleitend zu den Isarflitzern wurde die E-Ladeinfrastruktur in den beiden Kommunen weiter ausgebaut. In Aying gibt es am Rathaus, zugleich Standort des Isarflitzers, und in der Bahnhofstraße Lademöglich-

keiten. In Dürrnhaar, Großhefendorf und Peiß ist der Aufbau weiterer Ladestationen im Zuge des Pilotprojekts geplant. In Schäftlarn können E-Fahrzeuge in der Fischerschlösslstraße sowie zeitnah in der Münchner Straße 37, in der Nähe des Bahnhofs, E-Fahrzeuge geladen werden. Die Münchner Straße wird zudem auch Standort für den Isarflitzer sein. Im Rahmen des Projektes wird auch eine Ladestation am Klosterparkplatz in Schäftlarn entstehen, an der 100 Prozent Ökostrom geladen werden kann.

Bedarfsgerechtes Konzept

Die Buchung der E-Fahrzeuge erfolgt direkt über die komfortable MOQO-App. Die Fahrzeuge werden in Kürze auch in der MVV-App mitangezeigt und können via Direktlink auf MOQO gebucht werden. Diese Systemintegration ist Teil des bedarfsgerechten Mobilitätskonzepts und verringert die Schnittstellen für den Nutzer.

In der dreijährigen Pilotphase wird der Betreiber, die Energie Südbayern GmbH, die Nutzungsdaten der E-Fahrzeuge und der E-Ladesäulen fortlaufend im Blick behalten. Die Projektpartner sind sich einig: Wird das Mobilitätsangebot von den Menschen in Aying und Schäftlarn angenommen und überzeugend genutzt, dann soll auch an weiteren Standorten im Landkreis München, mit dem Isarflitzer die mobile Vielfalt ergänzen werden. □



V.I.: Ayings Erster Bürgermeister Peter Wagner gemeinsam mit Schäftlarns Erstem Bürgermeister Christian Fürst. Bild: CH

Bundes-SGK:

Positionspapier zur Mobilitätswende

„Ein modernes Tarifsystem als Treiber der Mobilitätswende“ lautet ein vom Vorstand der Bundes-SGK verabschiedetes Positionspapier. „Die großartige Chance, die das Deutschlandticket bietet, sollte unbedingt genutzt werden“, heißt es darin. Für die kommunalen Aufgabenträger wird „mittelfristige Planungssicherheit“ gefordert.

Bund, Länder und Kommunen müssen aus Sicht der Bundes-SGK in Zukunft gemeinsam über einen angemessenen und allgemeinverbindlichen Preis für das Deutschlandticket, zusätzliche Sondertarife sowie Anpassungen entscheiden können. Entstehende zusätzliche Kosten müssten gesetzlich abgesichert und dauerhaft auch in Zukunft durch Bund und Länder getragen werden. Nur so könne das Deutschlandticket ein dauerhaftes, einheitliches und günstiges Angebot bleiben. „Es darf keine Konstellation eintreten, in der Bund und Länder Preise politisch festlegen und die Kommunen das finanzielle Risiko tragen.“

Daher müssten Bund und Länder die Finanzierung der tatsächlich entstandenen zusätzlichen Kosten des Deutschlandtickets auch für die Jahre ab 2024 übernehmen und den Preis für das Ticket stabil halten. Dies umfasse auch eine unbegrenzte Nachschusspflicht für die Folgejahre nach 2023 durch Bund und Länder, falls die im Regionalisierungsgesetz vorgesehenen Mittel nicht ausreichen, um die Einnahmeausfälle in Folge der Einführung des Deutschlandtickets zu kompensieren.

Finanzierung des Deutschlandtickets

Grundsätzlich dürfe die Finanzierung des Deutschlandtickets nicht zu Lasten des Ausbaus des ÖPNV gehen, heißt es. Die Erschließung neuer Nutzergruppen und ein solides Grundangebot in Stadt und Land müsse das Ziel sein. Die im Regionalisierungsgesetz vorgesehene Evaluierung des Deutschlandtickets sollte auf die im Koalitionsvertrag genannten Ziele (Erhöhung der Fahrgastzahlen im ÖPNV bzw. Verdopplung der Fahrgastzahlen im Bahnverkehr), die Veränderung des Modal Split sowie auf die Klimawirkung der Preisgestaltung gerichtet sein. Zugleich wäre es wünschenswert, dass Verkehrsunternehmen, die durch innovative Maßnahmen die genannten Ziele überdurch-

schnittlich erfüllen, zusätzliche Ausgleichszahlungen erhalten.

Wegen der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse muss aus Sicht der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik die flächendeckende bundesweite Festlegung von Kriterien zur Versorgung mit Verkehrsleistungen wie etwa Mindeststandards für die Erreichbarkeit von Haltestellen verbindlich vereinbart werden. Auch Übereinkünfte über Ausbau und Finanzierung sollten enthalten sein.

Ruf nach Planungssicherheit

„Die kommunalen Aufgabenträger brauchen mittelfristige Planungssicherheit“, lautet eine weitere Forderung. Das bundesweite Ticket, der Betrieb, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der weitere Ausbau benötigten alternative und verlässliche Finanzierungswege neben den Regionalisierungsmitteln und jenen Mitteln aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz. Überdies müsse gesichert werden, dass die Einhaltung der Mindeststandards bundeseinheitlich ermöglicht wird, also von der individuellen Leistungsfähigkeit einzelner Kommunen unabhängig wird. „Dies könnte eine Bund-Länder-Vereinbarung oder ein Mobilitätsgesetz leisten, deren oder dessen Inhalte die Länder mit eigenen Regelungen umsetzen müssen.“

Insgesamt hänge die Zukunft des ÖPNV davon ab, „ob es gelingt, Menschen zu gewinnen, die im ÖPNV arbeiten wollen“. Aktuell fehlten zehntausende Busfahrer, bis 2030 seien 110.000 Stellen aus demographischen Gründen neu zu besetzen – ein Ausbau des ÖPNV noch nicht mitgerechnet. „Um Personal zu gewinnen, müssen die Arbeitsplätze im ÖPNV attraktiver werden. Bessere Arbeitsbedingungen und die Bereitstellung der dafür notwendigen Finanzierung sind der Schlüssel zum Erhalt und Ausbau des bestehenden Angebots“, so der SGK-Vorstand. DK

Straßengüterverkehr in Richtung Inntal und Brenner

Tiroler Blockabfertigungen in der Himmelfahrtswoche lassen Mega-Staus befürchten

Logistikverbände LBS und LBT warnen vor Mega-Staus rund um den Feiertag Christi Himmelfahrt am 18. Mai 2023. Vier Blockabfertigungstage und ein Feiertag mit LKW-Fahrverbot sowie langem Ausflugswochenende werden eine immense Herausforderung für alle Beteiligten.

„In der Woche um den Feiertag Christi Himmelfahrt am 18. Mai 2023 sind Mega-Staus rund um das bayerische Inntal und darüber hinaus auf der Autobahn A 8 zu erwarten.“ Diese Warnung sprechen die beiden bayerischen Logistikverbände Landesverband Bayerischer Spediteure LBS und Landesverband Bayerischer Transport- und Logistikunternehmen LBT aus. Denn der sogenannte Dossierkalendar der Tiroler Landesregierung sieht bis einschließlich 19. Mai 2023 vier Tage mit LKW-Blockabfertigungen am Grenzübergang Kiefersfelden/Kufstein vor, davon drei aufeinanderfolgende Blockabfertigungen. Dazu kommt: „Am Feiertag Christi Himmelfahrt besteht zudem ein LKW-Fahrverbot, wodurch die Parkplätze entlang den Autobahnen A99 Richtung Salzburg, A8 Richtung Salzburg und A93 Inntal Richtung Innsbruck/Brenner ohnehin bereits voll belegt sein dürften“, so die Verbände.

Mit dem nächsten Blockabfertigungstag am darauffolgenden Freitag dürfte sich die Lage nicht entspannen. Denn hier wirkt sich der Ausflugsverkehr am langen Wochenende mit einem massiv erhöhten Individualverkehr aus, der voraussichtlich schon am 17. Mai einsetzen wird.

Der Mai drohe somit für die bayerische Transportlogistikbranche zu einem „Monat voller unplanbarer Fahrzeiten und des Stillstands“ zu werden, betonen LBS und LBT. Denn für den Rest des Monats bis einschließlich Freitag, 9. Juni, seien nochmals zehn Blockabfertigungstage von Seiten Tirols angesetzt.

Neben den immensen wirtschaftlichen Schäden für die Un-

ternehmen und deren Kunden werde die Blockadepolitik Tirols wieder die anliegende Bevölkerung und das Fahrpersonal treffen, das nicht wisse, „wie und wo es seine gesetzlichen Ruhepausen mit den dazugehörigen grundlegenden sozialen Belangen zubringen kann“. Die beiden Verbände verweisen zudem auf Erfahrungen während der vergangenen Blockabfertigungen, dass die Unfallgefahr durch die Staus exponentiell anwachsen.

Tiroler Blockadepolitik

„Es ist unter den genannten Umständen mehr als verwunderlich, dass weder die EU-Kommission noch die Bundesregierung gegen Österreich und Tirol europarechtlich vorgehen. Man nimmt stattdessen in Kauf, dass Tirol seine Antitransit-Maßnahmen jedes Jahr weiter verschärft und dabei die Belange des Nachbarn Bayern unberücksichtigt lässt“, so LBS Geschäftsführerin Sabine Lehmann und die beiden LBT-Hauptgeschäftsführer Sebastian Lechner und Stephan Doppelhammer.

Beide Verbände betonen: „Wir begrüßen es ausdrücklich, dass Bayern, Tirol und Südtirol jetzt wieder am Verhandlungstisch sitzen. Solange Tirol jedoch auf seinen Fahrverboten selbst für die umweltschonendsten Fahrzeuge besteht, wie z.B. das Euroklassenfahrverbot und das komplette Nachtfahrverbot zeigen, wird sich an der grundsätzlichen Situation auch mittelfristig nichts ändern. Wir fordern deshalb nachdrücklich sowohl die EU als auch die Bundesregierung auf, umgehend ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Österreich und Tirol einzuleiten.“ □

Öffentlicher Dienst:

Mit Weiterbildung gegen den Fachkräftemangel

Der Fachkräftemangel hat auch im öffentlichen Dienst drastisch zugenommen, es fehlen rund 360.000 Beschäftigte bundesweit laut aktuellen Schätzungen des Deutschen Beamtenbundes. Viele Stellen bleiben unbesetzt, Abteilungen sind überlastet. Durch den demographischen Wandel und andere Einflussfaktoren ist eine schnelle Lösung nicht in Sicht. Daher halten viele Behörden auch zunehmend nach Quereinsteigern Ausschau und setzen dann auf geeignete Qualifizierungsmaßnahmen. Ob Sozialwissenschaftler oder Geographen, Betriebswirte oder Politologen – wer Freude an staatlichen Aufgaben hat und bereit ist, sich Verwaltungswissen anzueignen, kann sich erfolgreich in Themen der öffentlichen Hand einarbeiten.

Zusätzlich stellen sich klassisch ausgebildete Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter zunehmend breiter auf um für vielfältige Bereiche einsetzbar zu sein. Denn die ressourceneffiziente Steuerung einer zunehmend digitalisierten Verwaltung mit dünner Personaldecke wird wichtiger denn je und braucht Verwaltungsmanagerinnen und -manager, die die Funktionsbereiche nicht nur einzeln betrachten, sondern ganzheitlich und strategisch angehen.

Kooperation der Hochschulen

Sichtbar werden diese Entwicklungen auch im Masterstudium Public Management der TH Deggendorf in Kooperation mit der Hochschule für öffentliche Verwaltung in Hof. Die Stu-

diengruppen sind sehr heterogen, hier lernen Verwaltungswirte und -wirtinnen gemeinsam mit Absolventinnen und Absolventen anderer Fachdisziplinen. Was alle vereint, ist der Berufsalltag in einer bayerischen Verwaltung, ob mit Beamtenstatus oder im Angestelltenverhältnis bzw. über den Quereinstieg.

Neueste Trends und Entwicklungen

Im 4-semestrigen Masterstudium profitieren Studierende und indirekt auch ihre Dienstherren von Hochschuldozenten, Praktikern aus der Verwaltungswelt, dem gegenseitigen Austausch auf Augenhöhe, praxisorientierten Studienarbeiten, Exkursio-

nen, einem fachlichen Netzwerk auch noch Jahre später und natürlich von Einblicken in die neuesten Trends und Entwicklungen. So bereichern ab dem Wintersemester 2023/2024 einige neue Dozenten den Lehrplan. Prof. Dr. Roland Zink gibt Einblicke in digitale Beteiligungsmöglichkeiten in Planungsprozessen. Zink betreut „PUBinPLAN“ (Public in Spatial Planning supported by information and communication technology), ein Forschungs- und Entwicklungsvorhaben der Technischen Hochschule Deggendorf. Die Applikation beschäftigt sich mit dem Nutzen digitaler Medien für Partizipationsprozesse vor allem in der Dorf-, Stadt- und Re-



Prof. Dr. Roland Zink, Dozent der TH Deggendorf im Master Public Management. Bild: THD

gionalentwicklung. Die Mastergruppe gewinnt so einen Überblick über den Einsatz von Crowdsourcing und Augmented Reality in öffentlichen Projekten bspw. bei regionalen Energienutzungskonzepten, Leerstandskartierungen oder Bauplanungsvorhaben.

Europa kommunal

Auch im Fach „Europäische Ausrichtung des Kommunalmanagements“ verstärkt wieder ein erfahrener Experte das Dozenten-Team. Klaus Grepmeier, langjähriger EU-Koordinator der Stadt Regensburg erarbeitet mit den Studierenden zum Beispiel, wie das Thema Europa auf kommunaler Ebene organisiert ist, welche Förderkulissen relevant sind und

welche Skills es braucht, um europäische Projekte erfolgreich anzubahnen und umzusetzen.

Was noch auf dem Lehrplan steht: Vertieftes Verwaltungswissen wie interne Revision und Prüfungswesen, öffentliches und privates Recht, Finanzmanagement und Steuern sowie Beteiligungsmanagement. Abgerundet wird das Studium durch umfassende Management-Themen wie Führung, Kommunikation und Organisation. Damit können die Teilnehmenden auch für anspruchsvolle Querschnitts- und Leitungsaufgaben in verschiedensten Verwaltungen eingesetzt werden. Diese Chance nutzen gerade immer mehr Dienstherren im kommunalen Bereich: Sie richten ihr Talentmanagement auch auf

interessierte und ambitionierte Quereinsteiger und -einsteigerinnen aus und nutzen breit angelegte Programme wie den Master Public Management zur Qualifizierung für den Verwaltungsalltag.

Informationen und Kontakt

Das Masterstudium richtet sich an Verwaltungsmitarbeiter mit Erststudium, verbindet Präsenzvorlesungen mit virtuellen Lern-Einheiten und richtet sich damit an Vollzeit-Berufstätige im Verwaltungsumfeld. Der Master Public Management startet wieder im September 2023. Für Fragen, Online-Infoabende oder persönliche Beratung: julia.dullinger@th-deg.de. □

Mit Learning-on-Demand dem Fachkräftemangel begegnen

Ein Gastbeitrag von Doris Fuchshuber, atene KOM GmbH

Der Fachkräftemangel ist seit Jahren ein großes Problem für Unternehmen und Institutionen in Deutschland. Auch die öffentliche Verwaltung ist von diesem Phänomen betroffen und steht vor der Herausforderung, qualifizierte Mitarbeiter:innen zu finden und zu halten. Warum digitale Lernangebote zu den Erfolgsfaktoren für eine nachhaltige Personalentwicklung gehören, erklärt Doris Fuchshuber, Projektmanagerin für Lernsysteme der atene KOM Akademie in Berlin.

Steigendes Arbeitsvolumen, internationales Recruiting und individuelle Personalentwicklung – das sind nur einige der üblichen Strategien, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Insbesondere für Verwaltungen erweisen sich diese Lösungsansätze weder als schnell wirksam noch als umsetzbar. Schließlich müssen die Rahmenbedingungen insbesondere im öffentlichen Sektor erst einmal verändert, die Bürokratie bewältigt und auch potenzielle Quereinsteigende eingearbeitet werden.

Ein integratives Konzept bietet die Digitalisierung der Verwaltungsdienstleistungen in Kombination mit einem Learning-on-Demand Bildungsmanagement. Die zeitintensive Administration der analogen Prozesse wird für die Mitarbeitenden reduziert und ermöglicht ihnen, einen größeren Anteil ihrer Arbeitszeit effizient zu nutzen und z.B. für Weiterbildungen aufzuwenden. Die Mitarbeitenden können in ihren individuellen Lerngeschwindigkeiten und mit flexibler Zeitgestaltung die intelligenten Lernpfade erkunden.

Maximal flexibel und passgenau

Digitale Lernangebote, wie z.B. Selbstlerntrainings oder Blended-

Learning-Formate, bieten solche flexiblen Lösungen. Sie ermöglichen Learning-on-Demand, also das bedarfsorientierte Lernen: wann immer es den Lernenden zeitlich und örtlich möglich ist, können sie unabhängig vom Endgerät auf Onlinekursangebote zugreifen. Die atene KOM Akademie stellt auf einer eigenen Lernplatt-



Doris Fuchshuber. Bild: Florian Schuh

form speziell für Verwaltungen digitale Weiterbildungsangebote, die den Fokus auf das Fachwissen rund um digitale Infrastrukturen sowie digitale Prozesse und Anwendungen legen, bereit. In enger Abstimmung mit relevanten Fachbereichen arbeiten Expert:innen aus den Bildungswissenschaften zentrale Themen aus

der Praxis auf, die Verwaltungen für die Umsetzung der Digitalisierung benötigen. Oberstes Ziel dabei ist es, das Bildungsangebot stets auf die Bedürfnisse der lokalen, regionalen und überregionalen Organisationen auszurichten und die Themenwelten stetig zu erweitern.

Datenbasiert zum Optimum

Digitale Lernangebote heben sich von herkömmlichen Schulungsformaten durch ihre Optimierungspotenziale ab. Im Unterschied zu Präsenzformaten oder aufgezeichneten Webinaren können die Kursinhalte von eLearnings jederzeit mit wenig Aufwand aktualisiert werden; zusätzlich sind keine Trainerressourcen und Reisekosten zu kalkulieren. Über Feedbackschleifen lässt sich schnell auf Veränderungen im Markt reagieren: Brauchen Lernende mehr Kompetenzen im Umgang mit E-Akten, Künstlicher Intelligenz oder dem Datenschutz? Benötigen Führungskräfte Personal, das sich mit speziellen digitalen Tools und Compliance auskennt? Die Antworten auf diese Fragen bilden die Basis für ein wachsendes Lernangebot, das Unternehmen und Verwaltungen befähigt, in ihrem Personal stets Mitarbeitende zu finden und zu halten, die die aktuell notwendigen Kompetenzen mitbringen. Digitale Bildungsangebote können auf diese Weise ebenfalls die Einarbeitung von Quereinsteigenden unterstützen und – in Lernpfaden mit kürzeren Lerneinheiten sortiert – Freude am Kompetenzzuwachs fördern. □

NaturegefahrenForum der Versicherungskammer Bayern:

Wetterfest gegen Naturgefahren

Extreme Wetterlagen häufen sich – Naturgewalten können jeden treffen

Auf dem NaturegefahrenForum der Versicherungskammer Bayern mit rund 150 Teilnehmern diskutierten Politiker und Wissenschaftler mit Experten des führenden Gebäudeversicherers in Bayern und der Pfalz unter dem Motto „#Wetterfest – gemeinsam vor Naturgefahren schützen“ über die sich ändernden Klimaverhältnisse und Möglichkeiten zur Absicherung gegen Naturgefahren.

Barbara Schick, stellvertretende Vorsitzende des Vorstands und verantwortlich für die Schaden- und Unfallversicherung im Konzern Versicherungskammer, erläuterte, dass nach wie vor viele Immobilienbesitzer die Gefahr, Opfer von Starkregen oder Hochwasser zu werden, unterschätzen. Dies betreffe alle Bereiche des privaten, öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens. „Die Schäden an Hab und Gut sind oft existenzgefährdend. In den vergangenen Jahren haben wir das mehrfach erlebt. Und zwar gerade in Gegenden, in denen kein Mensch damit gerechnet hat, dass ein kräftiger Starkregen nahezu alles zerstören kann.“ Zu meinen, es könne einen nicht treffen, sei deshalb ein weit verbreiteter und fataler Irrglaube zugleich.

Prof. Martin Grambow, Ministerialdirigent im Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz, sieht deshalb Hochwasserschutz als ein zentrales Zukunftsthema. „Bayern wird hier bis 2030 insgesamt 4,8 Milliarden Euro investieren.“ Dabei setze der Staat auf die Kombination von natürlichem Rückhalt, technischem Hochwasserschutz und Hochwasservorsorge. Ein weiterer wichtiger Baustein sei die Bewusstmachung des Hochwasserrisikos im Rahmen der EG-Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie. „Dennoch kann es einen hundertprozentigen Schutz vor Hochwasser nicht geben“, so Grambow weiter. „Wichtig ist deshalb, dass sich die Bürger vor eventuellen Schäden durch entsprechende Elementarschadenversicherungen für Gebäude und Hausrat individuell schützen.“

Nach einem Kabinettsbeschluss erhalten Unwetteropfer seit dem 1. Juli 2019 keine staatliche Soforthilfe mehr, sofern die Immobilie versicherbar gewesen wäre. Die Versicherungskammer Bayern kann im Freistaat 99,8 Prozent der Gebäude problemlos versichern. Für die verbleibenden 0,2 Prozent sind meist individuelle Lösungen nach einer Besichtigung vor Ort möglich. □

Ganz Bayern – bei Ihnen zuhause.

www.tvbayernlive.de

IHR LOKALER NACHRICHTEN-SENDER

Samstag, 17.45 Uhr auf RTL und per Satellit auf RTL FS

Sonntag, 17.00 Uhr bei Augsburg TV & allen Regionalprogrammen in Bayern

Alle Sendungen in der TV Now Mediathek

TV BAYERN LIVE

SPORT

KULTUR

POLITIK

WETTER

LOKALE NACHRICHTEN

GESELLSCHAFT

WIRTSCHAFT

GZ ZU GAST BEI ...

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Ich vertrete die Gemeinde Birgland, seit der Gebietsreform aus sechs Altgemeinden mit 42 Ortschaften und Weilern bestehend im Sulzbacher Bergland gelegen, deshalb der Name Birgland von der ortstypischen Sprechweise „Birch“ herkommend.

Die Gemeinde hat zurzeit ca. 1.900 Einwohner.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?

Ich bin seit dem 01.05.2014 im Amt und übe mein Amt als ehrenamtliche Bürgermeisterin hauptamtlich aus, da die steigenden Anforderungen bei kleinen Verwaltungen eine stundenweise Anwesenheit der Aufgabe nicht gerecht werden. Die Aufgaben sind die gleichen, wie in den großen Gemeinden.



Brigitte Bachmann

Erste Bürgermeisterin der Gemeinde Birgland

Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?

Ich bin gelernte Speditionskauffrau. Als Speditionskauffrau war ich vor der Wahl zur Bürgermeisterin tätig. Neben meinem Amt übe ich keinerlei weitere Beschäftigung aus. Die weiteren ehrenamtlichen Tätigkeiten oder Aufgaben als Kreisrätin sind davon ausgenommen.

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Ich bin eine sogenannte Spätberufene. Zwar habe ich mich als langjährige Leiterin der Krabbelgruppe, in Elternbeiräten in Kindergarten, Grundschule, Realschule, Gymnasium, als Kirchenvorstandsmitglied usw. ehrenamtlich engagiert, war aber nie politisch tätig. Das änderte sich im Jahr 2002 als ich gefragt wurde, ob ich nicht als Gemeinderätin kandidieren möchte. Dieses Amt habe ich dann 12 Jahre lang bekleidet, bis ich 2014 als Bürgermeisterin gewählt wurde.

Der besondere Anreiz stellt sich in der Form dar, dass man etwas gestalten und seine Ideen einbringen kann.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Nachdem mich Bürger überzeugt hatten zu kandidieren, war die Zeit von der Kandidatur bis zur Wahl recht kurz.

Die Vorbereitung fand erst nach der Wahl mit einem Crash-Kurs über drei Tage vom Bayerischen Gemeindetag ausgerichtet statt. Ansonsten war es der „Sprung ins kalte Wasser“.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Der erste Kanal- und Straßenbau meines Lebens war schon eine Herausforderung. Hier hat aber auch das Sprichwort geholfen „Wie es in

den Wald hineinruft, ruft es heraus“. Ich hatte beste Unterstützung durch das Ingenieurbüro und die im Landkreis ansässige Baufirma.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Sehr stolz bin ich darauf, als erste Kommune in der Oberpfalz den Gigabit Breitbandausbau in Angriff genommen zu haben. Der Abschluss steht bevor. Während der Pandemie kam das Vorhandensein des schnellen Internets in der Gemeinde den Schülern und im Homeoffice Arbeitenden zugute und macht uns als Wohnort in Autobahnnahe attraktiv.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Die Weiterentwicklung der Gemeinde im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit, die Umsetzung von neuen Ideen bleibt auch nach neun Jahren noch spannend und herausfordernd. „Wie mache ich die Gemeinde zukunftssicher“ ist ein großes Thema.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Vor allem den Kolleginnen möchte ich Mut machen zu kandidieren. Wir repräsentieren die Hälfte der Weltbevölkerung und sollten unsere Ziele eigenständig umsetzen. Die Zusammenarbeit mit den männlichen Kollegen ist in der Regel sehr gut. Ausnahmen begleiten uns auch in der „normalen“ Arbeitswelt. Deshalb sollte man vor dem Amt nicht zurückschrecken. Man bekommt so viel Positives zurück.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Neue Projekte werden vor der Realisierung durchgesprochen. Mit den angrenzenden Kollegen wird in Zukunft interkommunal verstärkt zusammengearbeitet.

Unsere Gemeinderatssitzungen waren auch während der Pandemie – im erlaubten Rahmen – gut besucht, so dass auf jeden Fall Transparenz gegeben ist.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Sie vereinfacht Vieles, nimmt aber auch mehr Zeit in Anspruch. Wir werden mit E-Mails und angehängten Dateien überhäuft. Allein vom Betreff her die Bedeutung zu erkennen, fällt oft schwer.

Ratsinformationssystem oder abrufbare Formulare von der Homepage erleichtern die Arbeit jedoch immens.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

Niemals aufgeben.

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Als jemand, der sich um die Belange der Heimatgemeinde als Bürgermeisterin und ehemalige weitere stellvertretende Landrätin um den Landkreis nach bestem Wissen und Gewissen gekümmert hat.

Errichtung von Windkraftanlagen

NordAllianz-Bürgermeister unterzeichnen Resolution

Die Bürgermeister der NordAllianz-Kommunen fordern in einer Resolution die zuständigen Stellen auf, die Anlagen zur Flugsicherung auf den neuesten Stand der Sicherheitstechnik zu bringen und zumindest aktualisierte Berechnungen der erforderlichen Sicherheitsbereiche vorzunehmen, damit der bisher erschwerte und zum Teil ausgeschlossene Bau von Windkraftanlagen im Umkreis der Flughäfen ermöglicht wird.

Das Anliegen der NordAllianz-Kommunen betrifft die Errichtung von Windkraftanlagen in ihrer jeweiligen Gemarkung. Die Kommunen haben sich bereits vor Jahren mit Planungen für Windkraftanlagen beschäftigt und u. a. auch Vorranggebiete für Windkraftanlagen vorgesehen. Diese Vorranggebiete wurden von Seiten des Flughafens München aufgrund des Interessenkonfliktes „ziviler Luftverkehr“ abgelehnt (unabhängig von der 10-H-Regel als Hinderungsgrund).

Anlagenschutzbereiche

Aus Medienberichten ist derzeit zu entnehmen, dass durch die Flugsicherung Platz für mehr Windenergie geschaffen werden soll. Dabei geht es insbesondere um kleinere Anlagenschutzbereiche. Von insgesamt 40 Drehfunkfeuern vom Typ DVOR sollen bei 39 die Anlagenschutzbereiche von 15 auf sieben Kilometer reduziert werden. Ausgeschlossen ist hier nur der Flughafen Kempten.

Damit wären Vorranggebiete, die Kommunen bereits für Windkraftanlagen festgelegt haben, wieder beplanbar; diese Flächen sind im Energieatlas für WEA (Windenergieanlagen) als gut geeignete Flächen (mittlere Windgeschwindigkeit > 5 m/sec, 130 Meter Höhe) dargestellt. Im Energieatlas wird für den Bereich der NordAllianz die Gebietskulisse Windkraft ausgewiesen. Entsprechende Windkraftanlagen sind durch die bestehenden Regelungen von Anlagenschutzbereichen des militärischen und zivilen Luftverkehrs ausgeschlossen.

Bau trotz Ausschlusskriterien

Verwunderlich ist, dass in den letzten zehn Jahren in umliegenden Landkreisen trotz entsprechender Ausschlusskriterien sehr wohl Windenergieanlagen errichtet wurden (z. B. im Landkreis Dachau). Auch in der Landeshauptstadt München, unweit

von Ismaning und Garching, wurden im Bereich der A 9 (Nordkreuz) zwei Windenergieanlagen realisiert. Auch im südlichen Landkreis München sind konkrete Planungen für Windenergieanlagen, die z. T. auch in Ausschlussgebieten liegen, erfolgreich projektiert.

Dagegen werden seit Jahren laufende Planungen der Nachbarstadt Garching aufgrund des dargestellten Interessenkonfliktes nicht genehmigt.

Kommunale Gesamtplanung

Die Bürgermeister der NordAllianz bitten deshalb um eine klare Aussage, wann und wie mit allen Anlagenschutzbereichen für den Flughafen München, für den Flugplatz Schleißheim und den damit zusammenhängenden planerischen Vorgaben für den Großraum umgegangen wird. Die Kommunen der NordAllianz möchten Planungen anstoßen und Projekte realisieren.

Planungssicherheit

Nachdem verbindliche Auswertungen von regionalen Vorranggebieten für Windenergie durch den Regionalen Planungsverband München nicht vor einem bis zwei Jahren vorliegen werden, muss für Kommunen aus Zeit- und Kostengründen zeitnah Planungssicherheit geschaffen werden. Eine kommunale Gesamtplanung oder ein Antrag auf Vorbescheid für Windkraftanlagen ist nur dann sinnvoll und zweckmäßig.

Die Forderung, dass der Prüfung eines Standorts einer Windkraftanlage gar eine vertiefte Einzelfallprüfung (immissionschutzrechtlicher Vorbescheid) vorausgehen muss, setzt einen projektgenauen Planungsstand und damit Kosten zulasten der Kommunen voraus.

Resolution

Die Bürgermeister der Kommunen der NordAllianz fordern

die zuständigen Stellen, insbesondere die Deutsche Flugsicherung GmbH und ihre Gesellschafter, auf, die Anlagen zur Flugsicherung – vergleichbar der Anlagen an den anderen großen deutschen Flughäfen – auf den neuesten Stand der Sicherheitstechnik zu bringen und zumindest aktualisierte Berechnungen der erforderlichen Sicherheitsbereiche vorzunehmen, damit der bisher erschwerte und zum Teil ausgeschlossene Bau von Windkraftanlagen im Umkreis der Flughäfen ermöglicht wird.

Über die NordAllianz

Die Kommunen der NordAllianz Metropolregion München Nord haben sich zum Ziel gesetzt, eine gemeinsame, strategische Förderung der Wirtschaft, der Wissenschaft, des Wohnraums und der Umwelt für die Region zu betreiben und den veränderten Mobilitätsanforderungen gerecht zu werden. Im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit werden durch die Kommunen gemeinsam definierte Projekte zum Wohle der kommunalen Gemeinschaft und deren Entwicklung vorangetrieben und umgesetzt. Mehr Information auf <https://nordallianz.de>.

Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber: Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel,
Jan Kiver
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Sebastian Franz (KPV)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandene Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-12
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 57 vom 01.01.2023
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Bayerische Wahlergebnisse

In Wegscheid im Landkreis Passau wird Christian Escherich (CSU) neuer Bürgermeister. Er erhielt bei der Wahl 65,4 Prozent der Stimmen. Seine Gegenkandidatin, Erika Schöffner-Hofbauer (Freie Wähler) kam auf 34,6 Prozent. Amtsinhaber Lothar Venus (CSU) war im Januar im Alter von nur 48 Jahren verstorben.

Eine klare Entscheidung trafen auch die Bürger von Pähl (Landkreis Weilheim-Schongau): Bei der Bürgermeisterwahl entschieden sie sich für einen Neuanfang im Rathaus. Werner Grünbauer von der Unabhängigen Bürgerliste für Pähl und Fischen (UBL) wurde nach zwölf Jahren im Amt mit 42,8 Prozent der Stimmen abgewählt, sein Herausforderer Marius Bleek erhielt mit 57,2 Prozent den Wählerauftrag. Bleek war von einem „Vertrauensbündnis für Pähl und Fischen“ nominiert worden. Die Wahlbeteiligung lag bei 66 Prozent.

Stötten, Buxheim und Seubersdorf

In der Ostallgäuer Gemeinde Stötten traten zwei Bewerber an, um die Nachfolge von Rathauschef Ralf Grube (Allgemeine Wählerschaft Stötten am Auerberg) anzutreten – er hatte sein Amt im Februar niedergelegt. Michael Neumann setzte sich mit 73,3 Prozent gegen Sonja Dose (26,7 Prozent) durch.

Er wird als erster hauptamtlicher Bürgermeister die Verwaltung des 2000-Einwohner-Ortes leiten. Die Wahlbeteiligung lag bei 64,9 Prozent. Eine klare Angelegenheit war auch die Wahl in Buxheim (Landkreis Unterallgäu): Amtsinhaber Wolfgang Schmidt (CSU) erreichte 95,8 Prozent der Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 41,7 Prozent. Er hatte keinen Gegenkandidaten. Die Wahlbeteiligung betrug 41,7 Prozent.

Andreas Steiner (SPD) heißt der neue Bürgermeister der Gemeinde Seubersdorf (Landkreis Neumarkt i. d. Oberpfalz). Er wurde mit 51,6 Prozent der Stimmen gewählt. CSU-Kontrahent Wilhelm Bußmann kam auf 35,5, der parteilose Kandidat Kellermeier auf 12,9 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei 75,5 Prozent.

Dietersheim und Landensberg

In der Gemeinde Dietersheim (Landkreis Neustadt a. d. Aisch-

Bad Windsheim) siegte der bisherige stellvertretende Bürgermeister Jürgen Meyer (CSU/FWG/FB) mit knapp 96 Prozent der Stimmen. Die Wahlbeteiligung lag bei 38,2 Prozent, Meyer hatte keinen Gegenkandidaten. Vorgänger Robert Christensen (CSU/FWG/FB) hatte aus gesundheitlichen Gründen das Amt niedergelegt.

Leonhard Steinle (Freier Wählerblock Glöttweg) wurde zum Ersten Bürgermeister der Gemeinde Landensberg (Landkreis Günzburg) bestimmt. Er vereinte 65,4 Prozent der Stimmen auf sich. 34,6 Prozent erhielt sein Kontrahent Tobias Geiger von der Freien Wählervereinigung Landensberg. Die Wahlbeteiligung lag bei 56,7 Prozent. Vorgänger Johannes Böse war mit 26 Jahren einem Suizid erlegen.

Fahrenzhausen

Wiederholt wurde die im Herbst 2022 durchgeführte Bürgermeisterwahl in Fahrenzhausen (Landkreis Freising), die Susanne Hartmann (Freie Wählergruppe Einigkeit) in der Stichwahl gewonnen hatte. Grund war ein eklatanter Verstoß des Wahlleiters. Hartmann errang als einzige Kandidatin 91 Prozent der Stimmen, die Wahlbe-



Bild: NordAllianz

Die Bürgermeister der NordAllianz-Kommunen fordern die Ermöglichung von Windkraftanlagen in ihrem Gemeindegebiet (vorn v.l. sitzend: Christoph Böck (Unterschleißheim), Franz Heilmeier (Neufahrn), Dr. Dietmar Gruchmann (Garching), Josef Niedermair (Hallbergmoos) sowie v.l. stehend Markus Böck (Oberschleißheim), Alexander Greulich (Ismaning), Andreas Kemmelmeier (Unterföhring), Sebastian Thaler (Eching).

teilung lag bei 37,6 Prozent.

Landkreis Roth

Im mittelfränkischen Landkreis Roth wurde der von SPD und Grünen unterstützte Kandidat Ben Schwarz zum Nachfolger von Bayerns dienstältestem Landrat Herbert Eckstein

bestimmt. Seit 1993 hatte der SPD-Politiker den Posten inne. Aus gesundheitlichen Gründen gab der 67-Jährige sein Amt nun vorzeitig ab. Bei der Stichwahl erhielt Schwarz 63,9 Prozent der Stimmen. CSU-Bewerber Jochen Münch unterlag mit 36,1 Prozent. Die Wahlbeteiligung betrug 43 Prozent. **DK**



Politiker-Treffen mit Bischof in Kloster Metten.

Bild: LRA Regen

Pastoralbesuch im Dekanat Deggendorf-Viechtach:

Bischof trifft Landräte und Bürgermeister

Ein straffes Programm erwartete Bischof Rudolf Voderholzer auch am zweiten Tag seines Pastoralbesuches im Dekanat Deggendorf-Viechtach. Nach dem Besuch in Arnbruck, im „Glasdorf Weinfortner“ stand am Nachmittag die Begegnung mit Kommunalpolitikern aus dem gesamten Dekanat im Kloster Metten auf dem Programm. Begleitet von Regionaldekan Johannes Hofmann, Dekan Josef K. Geismar und Prodekan Tobias Magerl stellte sich der Bischof den Fragen und Anliegen von Bürgermeistern und Landräten aus dem „Arber-Isar-Dekanat“.

Begrüßt wurden alle vom Hausherrn des Kloster Metten, Abt Wolfgang Maria Hagl. Gefolgt waren der Einladung zum gemeinsamen Austausch Landrat Bernd Sibler aus Deggendorf, stellvertretender Landrat Helmut Plenk aus Regensburg, Oberbürgermeister Dr. Christian Moser aus Deggendorf, sowie die Bürgermeister oder Stellvertreter aus Ruhmannsfelden, Metten, Bernried, Otzing, Offenberg, Achslach, Goteszell, Viechtach, Stephansposching, Grafing, Bodenmais, Teisnach, Geiersthal und Paterstorf. In einer Gesprächsrunde brachten die Anwesenden vieles vor, was ihnen auf dem Herzen liegt. So wurde durchwegs von einer guten Zusammenarbeit zwischen der örtlichen Kommunalpolitik und den Seelsorgern vor Ort berichtet. Augenzwinkernd wurde auf „Don Camillo und Peppone“ verwiesen und dem Bischof gedankt, dass er sich für die Kommunalpolitik interessiert und dieses Treffen ermöglicht hat.

Die Kirche soll im Dorf bleiben

Sorgen bereitet hingegen der geplante Pastoralplan 2034. Als Beispiel wurde die geplante Pfarreiengemeinschaft/Seelsorgeeinheit von Prodekan Tobias Magerl genannt, der ab September 2023 für sechs vormals selbständige Pfarreien samt Filialkirchen Verantwortung tragen wird. „Tobias Magerl ist ein sehr offener Priester, der den Menschen auf Augenhöhe begegnet“, so die Worte der betroffenen Bürgermeister. Die Sorge ist, dass der Priester überlastet und dadurch krank wird. Auch möchte man, dass „die Kirche im Dorf bleibt“, dass Feste als Ausdruck der Lebens- und Glaubensfreude der Gläubigen weiterhin gefeiert werden können. Bischof Rudolf zeigte großes Verständnis für diese Sorgen und erklärte, dass speziell im Bereich von Teisnach der geplante Pastoralplan 2034 durch Pfarrerspensionierungen bereits jetzt zum Tragen komme. Ein Pilotprojekt für die Diözese Regensburg. Er versprach, dass Pfarrer Tobias Magerl und später auch anderen „großen Pfarreiengemeinschaften“ pastorale Mitarbeiter zur Seite gestellt werden. „Im Moment sind wir in einer Phase des Hörens und Sammelns“ so der Bischof. Alles sei im Planungsstadium: Entwürfe wurden gemacht, die Dekane erhiel-

ten diese zur Ansicht und können sich nun mit den Pfarrern besprechen, auch Änderungsvorschläge machen. „Oft wird die pastorale Klugheit des Pfarrers gefragt sein“, betonte der Bischof. Warum solle beispielsweise das Fronleichnamsfest nicht reihum jedes Jahr in den Pfarreien gefeiert werden. Man könne sich doch für ein Fest auch mal innerhalb der Pfarreiengemeinschaft bewegen: sich gegenseitig besuchen, teilnehmen, mitfeiern.

Ganz wichtig war Bischof Rudolf, dass Unterstützung notwendig ist für die Pfarrer. „In unserer Diözese soll der Pastoralplan 2034 anlassbezogen umgesetzt werden, also wenn es Ruhestandsversetzungen oder dergleichen gibt. „Dann soll ein Plan in der Schublade sein.“ Bischof Rudolf erklärte, dass die ganze Entwicklung gangbar sei und niemand alleine gelassen wird. So gebe es Pfarrvikare, Gemeinde- und Pastoralreferenten, aber auch Koordinatoren und Pfarrei-manager, die vor allem bei den bürokratischen Arbeiten unterstützen werden und unterstützen können. Dies betraf auch weitere Anliegen der Bürgermeister bezüglich Kindergärten oder Friedhöfen in kirchlicher Trägerschaft.

Kindergärten als brisantes Thema

„Das Thema Kindergarten ist eines der belastensten Themen derzeit“, so der Tenor. Hier verweist Bischof Rudolf auf die Möglichkeit, dass Kindergärten oder Altenheime an die Caritas zur Verwaltung abgegeben werden könnten. Auch ein neues Trägerschaftsmodell werde derzeit durchdacht. Bezüglich der Finanzierung, anstehenden Renovierungsarbeiten und Aussagen wie „die Bürokratiehürden sind schrecklich in der Diözese“ oder die Klärung von Zuschussmöglichkeiten bei kirchlichen Friedhöfen, versprach Bischof Rudolf Gespräche mit den zuständigen Abteilungen zu führen. Eine weitere Bitte der Bürgermeister war, die gemeindlichen Grenzen bei den pfarrlichen Zusammenlegungen zu berücksichtigen.

Wandel bei Beerdigungen

Ein weiterer Sorgenpunkt betraf „die Zeit nach Corona“. Man merke, dass vieles zurückgegangen sei – feierliche Gottes-

dienste, kleine oder Beerdigungen „in aller Stille“, weniger Gottesdienstbesucher und verschiedenes mehr. Einig war man sich, dass Corona im pfarrlichen, im kirchlichen aber auch im gesellschaftlichen Leben tiefe Wunden geschlagen hat. Gleichzeitig finde derzeit aber gerade im Bereich der Beerdigungen ein unglaublicher Kulturwandel statt. Wie die Pfarrer berichteten, kämen die meisten trauernden Angehörigen bereits mit einer klaren Vorstellung: „So will ich es“ oder „So hat es sich der Verstorbene gewünscht“. Bischof Rudolf drückte seine Hoffnung aus, dass hier das persönliche Gespräch, die persönliche Begleitung zumindest teilweise zu einem Umdenken anleiten. Corona habe vor allem auch die Chöre stark getroffen und nun zeige sich: wer kreativ war in dieser schwierigen Zeit, dem falle nun auch das Aufstehen wieder leichter. Gelobt wurde allgemein das gute Miteinander von kirchlicher und kommunaler Gemeinde.

Jeder Kirchaustritt tut weh

Nicht unerwähnt blieb bei den Bürgermeistern der gesellschaftliche Trend zum Kirchaustritt. Häufig höre man den „kirchlichen Missbrauch“ als Beweggrund, aber auch Einsparungen bei den Kirchensteuerabzügen auf dem Lohnzettel. „Das Vertrauen in die Kirche wurde stark geschwächt“, so Bischof Rudolf, der immer wieder neu nur sein tiefes Bedauern und Entsetzen ausdrücken kann. Er betonte jedoch, dass die Hausaufgaben in Regensburg gemacht wurden. Die vermehrten Kirchaustritte stehen meist im zeitlichen Zusammenhang mit neuen, schrecklichen Schlagzeilen und Meldungen. „Es ist eine Not. Wir tun das uns Mögliche und wir mussten viel lernen!“ resümierte Bischof Rudolf. Dekan Josef Geismar berichtete, dass er jedem Katholiken in seinem Zuständigkeitsbereich, der ausgetreten sei, einen persönlichen Brief schreibe. Hier erfahre er aber so gut wie keine Resonanz. Er sprach von einem Entfremdungsprozess oder bei ganz jungen Menschen von einem „nie gefühlten, nie erlebten Beheimatungsprozess“. Zum Thema Kirchensteuer führte Bischof Rudolf aus, dass es noch viel mehr bekannt gemacht werden müsse, für was die Kirchensteuer alles verwendet wird. Diskussionspunkt waren dann auch die immer lauter werdenden Rufe nach einer möglichen Abschaffung der Kirchensteuer, wobei die mehrheitliche Meinung aus dem Kreis der Versammelten war, dass sich dies der Staat gar nicht leisten kann, da bisherige Hofzahlungen aus Kirchensteuern dann auf den Staat zukommen, zurückfallen würden. □

GZ PINOS WELT

Haben Sie in diesem Frühjahr schon eine Gartenparty veranstaltet oder ein Wochenende im Liegestuhl auf der Terrasse gechillt? Wurde bei Ihnen schon angegrillt – also nicht auf dem Tischgrill in der Küche, sondern ganz zünftig draußen im Holzkohlennebel? Konnten Sie schon eine längere Wanderung von Biergarten zu Biergarten absolvieren, ohne pitschnass regnet zu werden?

Tatsächlich ist dieses Frühjahr nass, kalt und ungemütlich. So gar nicht, wie man es sich wünscht, wenn man Montag bis Freitag für das nächste Wochenende Pläne macht. Opfer sind natürlich die Veranstalter von Frühlingsfesten, Biergartenbetreiber und die Gartenmärkte, denn wer will schon bei wahlweise Dauerregen oder plötzlichen Schauern den durchweichten Garten umgraben oder bepflanzen.

Revolution mit Wärmepumpe

Es gibt aber noch eine andere Gruppe von Verlierern: Die Klimahysteriker jedweder Generation. Sie müssen erkennen, dass bei uns dieses Frühjahr keine Wetterextreme herrschen, sondern halt nur über Wochen Sauwetter, wie es seit Beginn der Wetteraufzeichnungen (wie es immer so schön heißt) alle paar Jahre zu beobachten ist. Keine Trockenheit oder gar Dürre, sondern gut gefüllte Wasserspeicher und satte Grundwasserstände. Dummerweise für die Klimaaktivisten gab es auch keine Überschwemmungen, weil sich das Wetter ans jahrhundertalte Drehbuch gehalten und nur so viel und intensiv abgeregnet hat, dass das Wasser die Chance hatte, in den Boden zu versickern. Der Klimawandel verschnauft wohl.

Gut, Wetterextreme, ja sogar Katastrophen, sind um den ganzen Globus aufgetreten. Aber die katastrophale Dürre in Spanien ist ebenso weit weg wie die Überschwemmungen in Kalifornien und die 45 Grad Rekordtemperatur für Mai in Vietnam nehmen wir ebenso nur en passant wahr, wie den Taifun in Bangladesch. Ungewöhnliche Wetterkonstellationen bei uns würden den Untergangspredigern und Propagandisten eines radikalen Wirtschaftsumbaus



natürlich eher in die Karten spielen.

Und radikal geht es ja zu: Heizungen schon ab 2024 bei Neueinbauten mit mindestens 65 Prozent erneuerbarem Anteil will der Bundesfilzklimatechnikminister; pro Tag müssten laut dem Bundeskanzler rein rechnerisch 40 Fußballfelder mit Solaranlagen gebaut und fünf neue Windräder er-

richtet werden.

Als Kater gehen mir da so einige Gedanken im Kopf herum. Zum Beispiel, warum Privatleute schon in sieben Monaten gänzlich neue Planungen veranlassen und dann auch noch umsetzen sollen, wenn sich doch die öffentliche Hand bei vielen Planungen bis zu 15 oder 20 Jahre Vorlauf gönnt. Denn es ist doch mit den Händen zu greifen, dass in der Kürze der Zeit deutsche oder europäische Hersteller gar nicht genug Wärmepumpen für die Heizungsrevolution produzieren und liefern können. Nachdem der Klimaschutzminister ja noch eine Randzuständigkeit für Wirtschaft hat, wäre es da nicht sinnvoller, den deutschen und europäischen Herstellern einen realistischen Zeitplan vorzugeben, in dem sie sich an die Umstellung der Produktion oder den Aufbau neuer Kapazitäten machen können? Stattdessen verkaufen deutsche Unternehmen ihre Wärmepumpensparte an die Amerikaner und die asiatischen Lieferanten feixen vor Freude auf extragute Geschäfte einschließlich eines faktischen zukünftigen Monopols wie heute bei Solarpaneelen.

Dann diese Ausbauziele für Solar und Wind. Das hört sich für mich verdächtig nach Fünf-Jahres-Plan à la real existierender Sozialismus des 20. Jahrhunderts an. Und der Stachanow der Klimaseligen baut keine Kohle ab, sondern Solarpaneele im Akkord auf. Ich frage: Wo sind die Flächen für die Fußballfelder und die Türme – in einer Zeit, da wir überall übermäßigen Flächenverbrauch und die Überbetonierung unserer Landschaft beklagen? Wo sind die Beamten, die das alles mit weniger als eineinhalb Jahren Vorlauf genehmigen?

Da könnte man mit Blick auf den regenverhangenen Himmel schon trübselig werden. Aber ich halte es mit Dolly Parton: „Wer einen Regenbogen haben will, muss den Regen akzeptieren.“

Ihr Pino

Pflegebus auf Tour

Pflegeregion Plus startet Werbekampagne für Pflegeberufe Infotour begann am 8. Mai in Vilshofen

Um mehr junge Menschen für Pflegeberufe zu begeistern hat der Landkreis Passau mit der Gesundheitsregion Plus Passauer Land und den ambulanten, stationären und Rehaeinrichtungen die Pflegeregion Plus Passauer Land gegründet. Ziel ist es, gemeinsam das Image der Pflegeberufe zu verbessern und so mehr Personal zu gewinnen. In diesem Rahmen hat die Pflegeregion nun eine Werbeoffensive gestartet, unter anderem mit einem Linienbus, der im ÖPNV-Einsatz aufmerksam machen soll und zudem für Infotage genutzt wird.

Damit ging's auch los: Am Montag, 8. Mai machte der Bus von 11 bis 15 Uhr Halt in Vilshofen an der Wendeplatte am Bahnhof. Bei diesem Setting waren die Landkreis Passau Gesundheitseinrichtungen, das AWO Seniorenheim und das Care Pflegezentrum vor Ort, die die Bereiche der stationären, ambulanten und der Krankenhauspflege darstellen. Eingeladen waren Jung und Alt, angehende und fertige Pflegekräfte und Interessierte. Jeder konnte vorbeischaun, es war vieles geboten. Jede Pflegekraft die vorbeikam, erhielt eine kleine kulinarische Verpflegung als kleines Zeichen des Dankes für die tägliche Arbeit. Für die zukünftigen Anwärter stand ein Glücksrad mit interessanten Gewinnen zur Verfügung. Außerdem konnten aktive und spannende Aktionen wie Reanimation, Mobilisation, Messung der Sauerstoffsättigung oder Blutzuckermessung ausprobiert werden. Am Tag der Pflege, am 12. Mai wurde der Pflegebus an den Ausbildungsverbund verliehen und in der Passauer Stadtmitte positioniert.

Neben dem regulären Linieneinsatz und der Nutzung als Infostand, wird der Bus bei Einrichtungstouren mit Schülerinnen und Schülern gezielt eingesetzt.

Die Idee dahinter ist, die Jugendlichen von den Schulen abzuholen und ihnen Einblicke in einigen Einrichtungen im Pflegebereich zu geben. Die ganze Tour wird dabei moderiert und es werden Informationen zur generalistischen Pflegeausbildung gegeben. Damit soll Pflege erlebbar gemacht und den Schülerinnen und Schülern die facettenreichen Tätigkeiten in den Pflegeberufen dargestellt werden. Zusätzlich werden im Rahmen der Kampagne kurze Interviews mit Pflegekräften geführt, die darin über ihren Beruf berichten. Die ersten beiden Interviews sind bereits unter www.pflegeregion-passauland.de veröffentlicht.

Guerilla-Marketing

Das Busunternehmen Eichberger stellte den Bus, der von Grafikdesigner Markus Rasch in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe Pflege der Gesundheitsregion Plus Passauer Land gestaltet wurde, kostenlos zur Verfügung. Wichtig war den Verantwortlichen eine auffallende Gestaltung. „Entstanden ist dabei eine am Guerilla-Marketing orientierte Darstellung von Personen in verschiedenen Situationen, die in der Pflege vorkommen, bei de-

nen man sofort hinein und helfen möchte. Die Idee ist es, die unterschiedlichen Einsatzgebiete im Kranken-, Alten-, Kinder- und Rehaebereich darzustellen und das Helfen zu pointieren“, erklärt Lisa Fraunhofer, Geschäftsstellenleiterin der Gesundheitsregion Plus Passauer Land.

Hand in Hand

Alle dargestellten Personen stammen aus der Region und sind oder waren tatsächlich auf Pflege angewiesen. So ist Guido Herzog in einer Akutsituation zu sehen, Alfred Hufnagl in einer Reha-Situation, Franziska Rasch steht für die Kinderpflege und Katharina Zieringer für die Altenpflege. Bei der offiziellen Vorstellung des Busses gab es ein Fotoshooting mit Pflegekräften aus der Region, die die jeweils dargestellte Situation auf dem Bus sozusagen auflösen und als Helfer fungieren. Dafür haben sich Corinna Hellinger von der Caritas, Florian Resch, Natalja Schwarz und Emelie Maier aus dem AWO Seniorenheim Ortenburg, Neslihan Cali aus dem Passauer Wolf und Intensivpfleger Peter Seibold von den Landkreisen Passau Gesundheitseinrichtungen zur Verfügung gestellt.

Landrat Raimund Kneidinger zeigte sich dankbar, dass sich Pflegekräfte und Models aus der Region zur Bewerbung des Pflegeberufs zur Verfügung gestellt haben. „Besonders freut es mich, dass so viele Einrichtungen aus dem Landkreis hier in der Pflegeregion Hand in Hand zusammenarbeiten für die Stärkung des Pflegeimages. Gemeinsam haben wir hier eine wirksame Kampagne auf die Beine stellen können“, so Kneidinger. □

Stadt Würzburg:

Teilen statt kaufen

„Bibliothek der Dinge“ nun auch im Falkenhaus

Ob Nähmaschine, Akku-Schrauber, Plotter oder Töpferscheibe – warum kaufen, wenn man auch leihen kann? Die Bibliothek der Dinge macht es möglich und unterstützt damit den nachhaltigen und ressourcenschonenden Umgang mit Konsumgütern. Schließlich ist der „Sharing“-Gedanke in Bibliotheken fest verankert; sie sind seit jeher auf die Ausleihe von Medien und die gemeinsame Nutzung von Räumen, Arbeitsgeräten und -plätzen spezialisiert. „Der Verleih von Gegenständen ist eine schlüssige Ergänzung und ermöglicht allen Menschen, an den (technischen) Entwicklungen der Gesellschaft teilzuhaben. Ausgeliehen werden Geräte und Dinge, die als praktische Alltagshelfer nützlich sind, die Kreativität oder musische Kompetenzen fördern oder mit denen einfach mal was Neues ausprobiert werden kann“, erklärt Leiterin Martha Maucher das bereits andernorts erprobte Konzept.

Die Stadtteilbücherei Hubland hat die Vorreiterrolle eingenommen, sie bietet seit Herbst 2020 rund 100 ausgewählte Dinge zur Ausleihe an. Der Schwerpunkt liegt im Bereich von Spiel,

Outdoor-Aktivitäten, Alltagshelfer oder Gaming – vom Fußball über Fahrradtaschen, Bollerwagen, Nähmaschine, Akkuschauber und Spielekonsolen bis hin zu exotischen Gegenständen wie dem Teleskop oder dem Mikroskop. Das Angebot wurde von Anfang an sehr gut angenommen. Die Hitliste führen alle Dinge rund ums Gaming an, gefolgt vom Looper, dem Spike Ball, den Tonieboxen und dem Heimplanetarium. Ganz besonders freut sich das Team, wenn bei der Rückgabe nicht nur die Gegenstände, sondern auch Erfahrungsberichte oder neue Ideen mit abgeliefert werden.

Finanzielle Entlastung

Oberbürgermeister Christian Schuchardt ließ es sich nicht nehmen, das neue Angebot im Falkenhaus selbst zu eröffnen: „Dieser Service wird ganz sicher auch im Herzen der Stadt auf große Nachfrage stoßen. Gerade in einem Multikrisenjahr brin-

gen solche Angebote auch eine finanzielle Entlastung für Privathaushalte. Nicht jeder kann und will sich selten benötigte Dinge wie Stichsäge selbst leisten.“ Das Falkenhaus setzt auf ein eigenes Profil beim Sortiment. Der Fokus liegt auf Technik, dem kreativ-musischen und dem umfassenden Bereich von Naturerfahrungen. Die technische Kategorie knüpft eng an das so genannte „Level 3-Projekt“, das die Digitalisierung begreifbar und die digitale Teilhabe für alle Menschen ermöglichen will, an. So kann der Umgang mit technischen Geräten, die neu gelernt oder ausprobiert wurden, zuhause fortgesetzt werden, gleich ob es sich um einen 3D-Drucker, einen Looper oder das Podcaststudio handelt. Ganz bewusst soll mit kreativen Angeboten ein Kontrapunkt zur digitalen Welt gesetzt werden. Die Töpferscheibe, das Schnittmesser oder die Ukulele können zur Aktivität jenseits des Bildschirms inspirieren, mit einer Wildtierkamera neue Erfahrungen in der Natur gesammelt werden. Kulturreferent Achim Könnke freute sich bei der Eröffnung, dass dieser nachhaltige und klima-

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegen zwei Beilagen der Ludwig Radlmaier e.K. Land- und Kommunaltechnik bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.

freundliche Service nun in Würzburgs Kultureinrichtung mit der größten Besucherzahl Einzug hält und so alle Generationen und Schichten erreicht. Eine Kunst war es, die richtige Startauswahl festzulegen, nicht alles kann im Falkenhaus vorgehalten werden. So grenzt sich das Profil von Angeboten ab, die an anderen Stellen bedient werden, wie z.B. den Baumärkten, dem Stadt-, Kreis- und Bezirksjugendring und dem neu eröffneten Zukunftshaus in der Augustinerstraße 4. Insbesondere mit dem Zukunftshaus hat man sich eng abgestimmt, um Kräfte zu bündeln. Florentina Schlereth und Matthias Pieper präsentierten ihr Konzept und Angebot am Eröffnungstag an einem Infotisch im Foyer der Stadtbücherei. Im Online-Katalog der Stadtbücherei findet man die komplette Übersicht, indem man den Suchbegriff „Bibliothek der Dinge“ eingibt oder man verschafft sich einen Eindruck direkt vor Ort in der Stadtteilbücherei Hubland und im Falkenhaus, hier sind alle verfügbaren Dinge an einer Wand oder Säule abgebildet. Zu jedem Ding gibt es eine Ausleihkarte. Mit einem gültigen Büchereiausweis können diese Karten bei der Auskunft gegen die im Keller eingelagerten Dinge getauscht werden. Die Rückgabe erfolgt ebenfalls über das Mitarbeiterteam und ist nicht am Rückgabeautomat möglich. Auch für das Büchereiteam ist es eine Herausforderung, das neue Angebot nun zu durchdringen. Nicht jedes „Ding“ kann man der Kundschaft nun gleich im Detail erklären, die Expertise muss gemeinsam aufgebaut werden. Das Team ist gespannt auf die Resonanz und weitere Anschaffungsvorschläge, die im Rahmen des finanziell Machbaren gerne geprüft werden, so Medienpädagogin Lambert Zumbärgel beim Vorstellungstermin.

Vorschau auf GZ 11/2023

In unserer Ausgabe Nr. 11, die am 2. Juni 2023 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Energie: Erzeugung, Beschaffung, Speicherung
- Kommunale Finanzthemen
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung, Facility Management
- Kommunale Museen und Bibliotheken
- Kommunal-Marketing, Stadtmarketing

GZ

LIEFERANTENNACHWEIS

GZ

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahren-koch.de info@fahren-koch.de

Fahren Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de

BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

Kommunen kompetent erreichen:
www.gemeindezeitung.de

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com

ERLUS
Qualität aus Deutschland

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
www.etbs.de

Etichel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de

Gemeindezeitung auf folgenden Social Media Kanälen:



Energiedienstleistung



Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahren-koch.de info@fahren-koch.de

Fahren Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerberg 23 • D-84069 Schierling
Tel.: 09451 9313-0 • www.fahren-koessinger.de

Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Glasfaserausbau

T GLASFASER
Schnell. Stabil. Zukunftssicher.
www.telekom.de/glasfaser

UG Unsere Grüne Glasfaser
Adalperstraße 82-86
85737 Ismaning

VERNETZEN SIE IHRE GEMEINDE MIT DER ZUKUNFT.
Jetzt UG-Glasfaser-Ausbaukapazitäten für 2023 sichern unter: **0800 410 1 410 111**
powered by Allianz

Abonnieren Sie unseren KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Informationssicherheit und Datenschutz

Daten schützen. Förderung nutzen!
www.Mein-Datenschutzberater.de

DSGVO ext. DSB
ext. ISB
LSI-Siegel
BSI Kommunal CISIS12
Schulungen eLearning

Kommunale Fachmedien

Flamingos haben wir nicht!
Aber wir bieten komplette Lösungen für öffentliche Verwaltungen:
Zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.
www.schweitzer-online.de **schweitzer** Fachinformationen

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de **Bayern Grund**

Kommunale IT

www.akdb.de

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette **Produktpalette** für effektive Räumarbeiten
BUCHER municipal
Driven by better



Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de **Bayern Labo**

KFB Leasfinanz GmbH

Kommunaler Mietkauf
Kommunales Leasing
für Mobilien und Immobilien
www.kfb-reuth.de



Multifunktionale Wärmerückgewinnung

HOCHEFFIZIENTE WÄRME- / KÄLTERÜCKGEWINNUNG

Ihre eigene Gas- und Strompreisbremse

- ✓ Betriebskosteneinsparung durch hohe Effizienz und Betriebssicherheit
- ✓ Maximale Hygiene - keim- und schadstoffübertragungsfrei
- ✓ Redundant, betriebssicher, hocheffizient
- ✓ Reduzierung der vorzuhaltenden Heiz-, Kühl- und Elektroleistungen
- ✓ Wegfall von Rückkühlwerken möglich
- ✓ Nachrüstung / Sanierung im Bestand

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):

Kliniken in Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Murnau, Schweinfurt • Universitäten in Regensburg und Würzburg • FH Aschaffenburg • Saturn Arena Ingolstadt • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, The Charles Hotel, TUM Garching, Villa Stuck • div. Polizeistationen etc.

SEW® GmbH
www.sew-kempen.de **SEW®**

Photovoltaik

UNTERHOLZNER ENERGIELÖSUNGEN
Tel. +49 (0) 8732 - 92 15 0
www.unterholzner-photovoltaik.de

- Photovoltaik
- Batteriespeicher
- Ladeinfrastruktur
- Lastmanagement
- und mehr

GZ Akademie

Termine unter:
www.gemeindezeitung.de/akademie



Softwarelösungen

M7I SERVICE
Wir vereinfachen deinen Alltag mit der passenden Software.
m7i-service.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de



ELECTRIC DEPARTMENT

GTM +electric LongRange (LR) / StandardRange (SR)

Profi-Aufsitzmäher mit Zwischenachsmähwerk und Grasaufnahme nur 85 cm breit

WELTNEUHEIT - DER ERSTE PROFESSIONELLE ELEKTRISCHE AUFSITZMÄHER

Fahrtrieb: voll elektrisch - 1,2 kW

Messertrieb: voll elektrisch - 3 kW

Batterie: LR: 6 Akkupacks, 54 V / 144 Ah
SR: 3 Akkupacks, 54 V / 72 Ah

Laufzeit: LR: 6-8 Std. / SR: 3-4 Std., je nach Einsatzverhältnissen

Ladezeit: LR: ca. 6-7 Std. / SR: ca. 3-4 Std. - mit integriertem Ladegerät

Fangbox: 280 ltr., elektrische Bodenentleerung

Mähwerk: 80 cm, Zwischenachs-Sammelmähwerk, manuelle Schnitthöhenverstellung - 4 stufig

Zubehör: Mulchkit, Seitenauswurfkit

GSR +electric LongRange (LR) / StandardRange (SR)

Profi-Frontmäher mit Mulch- / Heckauswurfmähwerk 112 cm breit

WELTNEUHEIT - DER EINZIGARTIGE ELEKTRISCHE FRONTMÄHER

Fahrtrieb: voll elektrisch - 1,2 kW

Messertrieb: voll elektrisch - 9 kW

Batterie: LR: 8 Akkupacks, 54 V / 192 Ah
SR: 5 Akkupacks, 54 V / 120 Ah

Laufzeit: LR: 6-8 Std. / SR: 4-5 Std., je nach Einsatzverhältnissen

Ladezeit: LR: 6-7 Std. / SR: 4-5 Std.- mit integriertem Ladegerät

Fangbox: 280 ltr., elektrische Bodenentleerung

Mähwerk: 112 cm, kombiniertes Mulch- und Heckauswurfmähwerk, elektrische Schnitthöheneinstellung, elektrische Wartungsposition

Powerbank PB ULTRA+

- + einfaches Nachladen
- + verlängerte Autonomie
- + mehr Arbeitsstunden
- + lädt jedes Akku-Werkzeug

Leistung: 8 kW
Spannung: 230 V



Turbograss

Nullwendekreis-Frontmäher mit ausgezeichneter Manövrierfähigkeit für extrem enge Verhältnisse

Motoren (StageV): Benzin 17,2 kW (23 PS)
wahlweise Vergaser oder elektr. Einspritzung EFI
Diesel 16,3 kW (22 PS)

Antrieb: Hydrostat, Hebel-Steuerung

Fangbox: 350 ltr. oder 500 ltr. mit Boden- oder Hochentleerung

Sammelmähwerk: 110 oder 130 cm

Zubehör: Mulchmähwerke 110 - 150 cm, Schlegelmäher, Vertikutierer, Schneeschild



Turbolader S / M / H

Multifunktions-Lader mit Knicklenkung

vielseitige Maschine für den Einsatz im Garten- und Landschaftsbau, in der Kommune, in Baugewerbe und Landwirtschaft

S-Serie: der günstige Einstieg

M-Serie: die komfortable Mittelklasse

H-Serie: die leistungsstarke Oberklasse

Motoren: 16,3 kW bis 19 kW (22 bis 26 PS)

Antrieb: hydrostatischer Allrad-Antrieb

Hubhöhe: max. 308 cm

Anbaugeräte: Schaufeln, Palettengabel, Mähwerke, Schlegelmäher, Heckenschere, Umkehrfräse, Grabenfräse, Bohrgeräte, Schneeschild, usw.



Haben wir Ihr Interesse geweckt? Wir freuen uns auf Ihre Anfrage.

Wir beraten Sie gerne - Mietkauf - Leasing - Finanzierung - Kommunalleasing - schnell und unkompliziert



Peter Bachmaier
Tel. 08071/9293-15
Mobil 0170/2867905
bachmaier@radlmaier.de



Jörg Köhler
Tel. 08071/9293-45
Mobil 0170/8343012
koehler@radlmaier.de

Kommunal- und Landtechnik.
RADLMAIER
Immer die richtige Maschine. Für jeden Einsatz.

Griesmeier 1
83547 Babensham



Falls Sie von uns keine Werbung mehr erhalten möchten, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: info@radlmaier.de

Kommunal- und Landtechnik.
RADLMAIER
Immer die richtige Maschine. Für jeden Einsatz.

Produktübersicht
2023

Gianni Ferrari



Hausausstellung
05. + 06. Juli 2023
mit verschiedenen Fachvorträgen

Griesmeier 1 - 83547 Babensham
Tel. 08071/9293-0 - www.radlmaier.de - info@radlmaier.de



GTM

Profi-Aufsitzmäher mit Zwischenachs-Mähwerk und Grasaufnahme nur 85 cm breit

Motor: Benzin 11,9 kW (16 PS), 2-Zylinder V-Motor
Antrieb: Hydrostat
Fangbox: 280 ltr., Bodenentleerung
Mähwerk: 80 cm Sammelmähwerk

Zubehör: Mulchkit, Seitenauswurfkit

GTR

wendiger Frontmäher im kompakter Bauweise

Motor: Benzin 11,9 bzw. 14,8 kW (16 bzw. 20 PS)
Antrieb: Hydrostat
Fangbox: 280 ltr. Bodenentleerung
Sammelmähwerk: 112 cm

Zubehör: elektr. Fangboxentleerung, elektr. Schnitt-
höhenverstellung, Schneeschild

GTS

Multifunktions-Frontmäher mit direkter Grasaufnahme Allradantrieb auf Wunsch

Motor: Benzin 17,2 kW (23 PS)
Diesel 16,3 kW (22 PS)
Antrieb: Hydrostat
Fangbox: 480 ltr. mit Boden- oder Hochentleerung
Sammelmähwerk: 96 oder 112 cm

Zubehör: Mulchmäherwerke, Schlegelmäher, Kehrwalze,
Wildkrautbürste, Vertikutierer, Schneeschild

GT

Multifunktions-Frontmäher mit direkter Grasaufnahme Allradantrieb auf Wunsch

Motor: Diesel 19 kW (26 PS)
Antrieb: Hydrostat
Fangbox: 550 ltr. mit Hochentleerung
Sammelmähwerk: 126 cm

Zubehör: Mulchmäherwerke, Schlegelmäher, Kehrwalze,
Wildkrautbürste, Vertikutierer, Schneeschild

Turbo Z

Nullwendekreis-Frontmäher

Motor: Benzin 17,2 kW (23 PS)
Diesel 16,3 bzw 19 kW (22 bzw. 26 PS)
Antrieb: Hydrostat

Zubehör: Mulchmäherwerke 112 - 185 cm, Vertikutierer,
Schlegelmäher 110 - 180 cm, Schneeschild



PG

der ideale Allrounder zur Pflege von Grünanlagen und Freigelände auf Wunsch: Allradantrieb (nur 280)

Motor: Benzin 17,2 kW (23 PS)
Diesel 16,3 bzw. 19 kW (22 bzw. 26 PS)
Antrieb: Hydrostat
Fangbox (nur PG): 600 ltr. oder 800 ltr. mit Hochentleerung
Sammelmähwerk: 112, 126 oder 130 cm
Zubehör: Mulchmäherwerke, Schlegelmäher, Kehrwalze,
Kehrsaugmaschine, Vertikutierer, Schneeschild,
Pfleegeräte für Kunstrasen

NEU: Schlegelmäher mit Sammelfunktion
RGA Geräte-Adapter, Balkenmäher, Bandrechen

PG XPRO / SR XPRO

der neue starke Allrounder zur Pflege von Grünanlagen und Freigelände

PG XPRO: Sammel-Mäher / SR XPRO: Mulch-Mäher auf Wunsch: Allradantrieb (nur 280), Kabine (nur 280DW)
> neue Plattform, mehr Platz, leiser, neue Aufhängung
> neue Bedienkonsole rechts - perfekte Ergonomie
> separat schaltbare Turbine mit Riemenkupplung

Motor: Diesel 16,3 bzw. 19 kW (22 bzw. 26 PS)
Antrieb: Hydrostat
Fangbox (nur PG): 800 ltr. mit Hochentleerung
Sammelmähwerk: 126 oder 130 cm
Zubehör: Mulchmäherwerke, Schlegelmäher, Kehrwalze,
Kehrsaugmaschine, Vertikutierer, Schneeschild,
Pfleegeräte für Kunstrasen

NEU: Schlegelmäher mit Sammelfunktion
RGA Geräte-Adapter, Balkenmäher, Bandrechen

Turbo 1 / 1W / 2 / 4

Profi-Frontmäher mit Turbine und Grasfangbehälter Allradantrieb (Turbo 1W und 4)

Motor: Diesel 19 kW (26 PS)
Antrieb: Hydrostat (Turbo 4 mit 2-stufigem Hydrostat)
Fangbox: 900 ltr. bis 1.300 ltr. mit Hochentleerung
Sammelmähwerk: 130, 150 oder 180 cm
Zubehör: Mulchmäherwerke 130 - 185 cm, Schlegelmäher,
Kehrwalze, Kehrsaugmaschine, Vertikutierer,
Schneeschild, Wildkrautbürste, Pfleegeräte für Kunstrasen

NEU: Schlegelmäher mit Sammelfunktion
RGA Geräte-Adapter, Balkenmäher, Bandrechen

Turbo V50 / Turbo V50 Cruiser

Unser stärkster Profi-Frontmäher mit abschaltbarer Turbine und Grasfangbehälter Allradantrieb; klimatisierte Kabine bei V50 Cruiser

Motor: Diesel 37 kW (50 PS)
Antrieb: 2-stufiger Hydrostat, Zapfwelle mit Getriebe
Fangbox: 1.300 ltr. mit Hochentleerung
Sammelmähwerk: 150 oder 180 cm
Zubehör: Mulchmäherwerke 130 - 185 cm, Schlegelmäher,
Kehrwalze, Kehrsaugmaschine, Vertikutierer,
Schneeschild, Wildkrautbürste, Pfleegeräte für Kunstrasen

NEU: Schlegelmäher mit Sammelfunktion
RGA Geräte-Adapter, Balkenmäher, Bandrechen



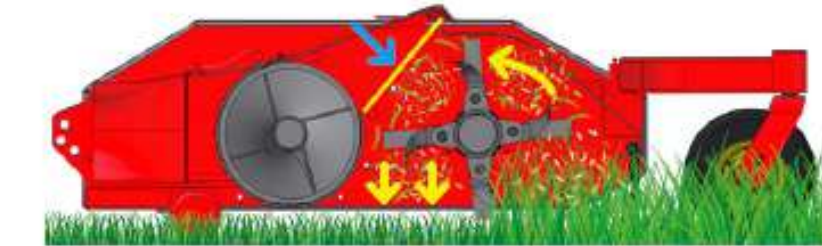
ZUBEHÖR FÜR DIE PG-Serie und Turbo-Serie

MÄHEN UND AUFSAMMELN



Der GF3x1PLUS bietet die Möglichkeit, zwischen Sammeln und Mulchen des Mähguts zu wählen. Die Umschaltung erfolgt serienmäßig mit einem Handhebel. Für die PG-Version gibt es optional eine hydraulische Variante. Die in der Abbildung dargestellte Klappe gibt den Weg für das Mähgut zur Sammel-
schnecke frei oder leitet es direkt auf den Boden ab.

MULCHEN



GF3X1 PLUS 160 SMART SYSTEM

Der neue, größere GF3x1PLUS 160 kombiniert die Vorteile des 140 mit einer noch robusteren Konstruktion und einem an das Aussehen der Turbo1-2-4 Reihe angepassten Design. All das in Verbindung mit dem innovativen ÜBERLAST-ABSCHALTSYSTEM, das die Schnecke bei Überlastung vom Antrieb entkoppelt. Mit diesem System werden Schäden am Gerät und den Antrieben durch übermäßige Belastung und Kontakt mit Fremdkörpern, wie Steinen und größeren Holzstücken, wirkungsvoll vermieden. Falls die Überlastsicherung ausgelöst hat, kann der Antrieb mit dem serienmäßig mitgelieferten Werkzeug wieder eingekoppelt werden - es kann sofort und ohne Verzögerung weitergearbeitet werden.



PLUS und VORTEILE:
SICHERHEIT und LANGLEBIGKEIT des Geräts
KEINE AUSFALLZEIT bei gestoppter Maschine
HÖHERE PRODUKTIVITÄT bei der Arbeit

MODELL	PASSEND FÜR	ABMESSUNGEN (cm)	SCHNITTBREITE (cm)	MESSERANZAHL
140	PG - TURBO1	L 130 x L 157 x H 50	135	56 Y, 28 Becher, 28 Vertikutier
160	TURBO2-4	L 135 x L 180 x H 50	155	100 Y, 50 Becher, 50 Vertikutier

Die STAMA Produktlinie besteht aus 3- und 4-Rad Elektrofahrzeugen in vielen verschiedenen Ausführungen sowie aus den STAMA Laubsaugern. Für alle Fahrzeuge bietet STAMA ein umfangreiches Zubehörsortiment an.



Micro EL



Evo EL



Multi EL mit ELS-L

- STAMA Micro EL
- STAMA Parker EL
- STAMA Mini Basic EL
- STAMA Mini RS EL
- STAMA Multi EL
- STAMA Evo EL
- STAMA Maxi EL 4WD

das kleinste Fahrzeug leicht zu bedienen und wendig
 robustes Arbeitsfahrzeug mit 3-Seiten-Kipper
 knickgelenktes, kompaktes und wendiges Fahrzeug
 knickgelenkt und mit wendbarem Fahrerstand
 zwei Sitze, hohe Ladekapazität und Servolenkung,
 auf Wunsch mit geschlossener Kabine
 leise und leistungsstark, Zuladung bis zu 1.400 kg,
 a. W. mit Beifahrersitz, geschlossener Kabine usw.
 knickgelenktes Fahrzeug mit Allradantrieb, Zuladung
 bis zu 1.500 kg, wendbarer Fahrerstand



Mini RS EL



Evo EL



Maxi EL 4WD



WILLMOP



Die wendigste und flexibelste Scheuersaugmaschine - mit nur einer Hand souverän bedienbar!

Der Willmop ist in zwei Arbeitsbreiten verfügbar.

Willmop 35 37 cm Arbeitsbreite

Willmop 50 DE 50 cm Arbeitsbreite

Zusätzlich gibt es den **Willmop 50 DE Ecoray**; dieser reinigt und desinfiziert mit UV-C-Strahlung, ohne schädliche Chemikalien, optimal für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen!

Grande Brio Scheuersaugmaschinen



handgeführte Scheuersaugmaschinen
 mit 1 oder 2 Scheiben
 Arbeitsbreite von 35 cm - 55 cm
Aufsitz-Scheuersaugmaschinen
 mit 2 oder 4 Scheiben
 Arbeitsbreite von 50 cm - 100 cm

Durasweep Kehrmaschinen



handgeführte Kehrmaschinen
 Arbeitsbreite von 50 cm - 70 cm
 mit Seitenbesen 68 cm - 88 cm
Aufsitzkehrmaschinen
 Arbeitsbreite von 70 cm - 78 cm
 mit Seitenbesen 115 cm - 130 cm
 mit Batterie oder Verbrenner-Antrieb
 Das Modell 130 verfügt über eine hydraulische Behälter-Entleerung

Hausausstellung
 05. + 06. Juli 2023
 mit verschiedenen Fachvorträgen



EMPAS MCB 3.0

Die Lösung für nachhaltige und umweltfreundliche Wildkrautbekämpfung

Das MCB 3.0 kann auf einen Geräteträger, Anhänger oder auf der Pritsche eines Pick-ups montiert werden. Mit einer maximalen Schlauchlänge von 35 m auf einer Federzughaspel und 360° drehbaren Schlauchführung erreichen Sie selbst schwer zugängliche Bereiche.

Das schlanke Design und die kompakte Bauweise machen den Transport einfach und flexibel. Eine konstante Wasseraustrittstemperatur von über 99,5° C an der Lanze, emissionsarmer, elektrischer Pumpenantrieb und Wassererhitzung durch Gas- oder Heizöl- bzw. Dieselmotoren sorgen für einen kostengünstigen und emissionsarmen Einsatz.

- Wassertank wahlweise mit 300, 600 oder 900 Liter
- autonomer Betrieb der Pumpeneinheit durch Lithium-Akkueinheit oder an elektrischen Trägerfahrzeugen
- Pumpenantrieb wahlweise elektrisch, Benzin oder Diesel
- wahlweise Gas- oder Heizöl- bzw. Dieselmotoren
- übersichtlicher Touchscreen - Bedienung mit Handschuhen möglich
- elektronisch geregelte, konstante Wassertemperatur
- Multifunktionswerkzeuge in verschiedenen Breiten bis 400 mm
- Stechlanzen zur Bekämpfung von invasiven Neophyten
- Teleskoplanze gegen Eichenprozessionsspinner
- Zusatzfunktionen: Hochdruckreinigung, Wässern, Kaugummientfernung, Desinfizieren

Unser Vorführgerät steht für Sie bereit !

Weitere Produkte von EMPAS



Sie möchten mit einer zuverlässigen und wartungsarmen Maschine die Grünflächenpflege schnell und effizient durchführen? Das ist mit den SCHOUTEN Kommunalmaschinen möglich. Vertikutieren, Mähen, Schnittabfälle, Laub und Leichtmüll aufnehmen und zerkleinern - mit den Produkten von SCHOUTEN haben wir für Sie die richtigen Maschinen!

MAVER M 1803 - Mäh- und Vertikutiermaschine



Arbeitsbreite:	180 cm	Rotor Ø:	200 mm
Ladevolumen:	3 m ³	Anzahl Mähmesser:	50 + 50 Y-Messer
Leistungsbedarf:	ab 25 PS (18 kW)	Anzahl Windflügel:	25 Stück
Hochentleerung:	bis 240 cm	Rotordrehzahl:	2.650 U/min
Achsen:	Doppel-Pendelachse	Nachlaufwalze Ø:	160 mm
Bereifung:	26x12.00-12 (4 Stück)	Vertikutiermesser:	optional, max. 100 Stück
Bedienung:	elektrohydraulisch mit Touchscreen-Bedienfeld		

Der Auffangbehälter kann stufenlos in jeder Höhe entleert werden. Auch am Hang ist eine sichere Entleerung möglich, da ein Parallelogrammsystem den Schwerpunkt der Ladung immer vor den Rädern hält. Der MAVER ist mit einer hydraulischen Schwenkdeichsel ausgestattet, die das Umfahren von Hindernissen einfach und komfortabel macht. Sie bietet einen Verstellweg von 60 cm nach rechts und 21 cm nach links.

Unser Vorführgerät steht für Sie bereit !

Weitere Produkte von SCHOUTEN



Phoenix Rasenkehrmaschine



Panda Mähcontainer



Rabbit Vertikutierer



Faunus Mähcontainer